

ganz offen die Forderung nach der Einbeziehung Hugenberg in die Regierung erhebt.

Jetzt zeigt sich, daß Gewerz-Vereine, das „Rohwerk der Demokratie“, nichts anderes ist, als das Rohwerk der Brüning-Diktatur, der Diktatur, die den Faschismus in Deutschland Schritt für Schritt durchführt. Die sozialdemokratischen Führer sagten: Ein Sieg des roten Volksentscheids bedeutet die Übernahme der Macht durch Hugenberg und Hitler. Was aber zeigt sich jetzt? Die Hugenberg und Hitler waren am Tage des Volksentscheids die Geschlagenen. Sie waren es dank des fähigen Angriffs der kommunistischen Partei, die die schändliche Demagogie entlarzte, und durch den roten Volksentscheid die Massen in revolutionärer Linie mobilisierte. Was aber tun jetzt die sozialdemokratischen Führer angesichts dessen, daß Brüning die Geschlagenen zum Sieger erheben will, indem er sie für Regierungsposten vorschlägt? Die sozialdemokratischen Arbeiter sollen es erfahren, alle diejenigen, die durch die Kruppelle Heise ihrer Führer in den letzten Wochen vernichtet wurden: Die Braun und Seering sind im Begriff, die geschlagenen Faschisten auf den Thron zu heben. Das ist das wesentliche Kennzeichen der Stunde.

Vor wenigen Tagen polemisierte die sozialdemokratische Führer einen Sieg heraus, und am Donnerstag dem 13. August, muß der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Breitscheid, in einem Zeitartikel die Frage stellen: „Will Brüning Anlehnung nach rechts suchen?“ Die Rinde, die die sozialdemokratischen Führer den sozialdemokratischen Arbeitern vor die Augen geschoben haben, wird mit einem zerschellen. Was sagt denn nun die sozialdemokratische Führer zu der Tatsache, daß Brüning nunmehr offene Front mit Hugenberg machen will? Breitscheid macht, um die Form zu wahren, eine erfindliche Seite „gegen“ die Einbeziehung Hugenberg, erinnert Brüning, daß die SPD bürgertümlich mit dem Kapital durch die und dann geht, bittet „um Herabsetzung“, obwohl Brüning die Einbeziehung Hugenberg ganz klar ist, und schreibt:

„Die Sozialdemokratie hat bei dem Verhältnis, in dem sie zur Reichsregierung steht, nicht das Recht, ihr irgendwelche Vorschriften über die Gestaltung der parteipolitischen Grundlagen ihrer Arbeit zu machen.“

Kann es eine milderere Untermütigkeit geben, als sie aus diesen Worten von Breitscheid spricht? Die Sozialdemokratie hat das Recht, allen Notverordnungen Brüning zuzustimmen zu dürfen. Sie hat das Recht, Brüning zu helfen beim Abbau der Erwerbslosen-Unterstützungen, bei der Erhebung von Wahlensteuern, bei der Erhebung von Wahlensteuern — aber das Recht, Brüning auch nur dreinzureden, hat die Sozialdemokratische Partei nicht. Sie dürfen Brüning die Stiel lecken, das ist alles. Wenn Brüning den Reichstag nach Hause schickt, legen die Weis und Anstalten: Einverständnis. Wenn Brüning die Verfassung außer Kraft setzt, sagen die Breitscheid und Konstantin: Einverständnis.

Die Sozialdemokratie wird sich natürlich, unter Fußtritt für die SPD, der Weis und Breitscheid zur Durchführung der Klassenveränderung und der faschistischen Diktatur weiter bedienen, und dabei zum gleichen Zwecke die Hugenberg und Co. offener heranziehen.

Für die sozialdemokratischen Arbeiter heißt es aber jetzt erst recht: Keine Minute mehr zulassen mit den Führern, die die deutsche Arbeiterklasse Schritt um Schritt dem Faschismus ausliefern werden. Die sozialdemokratischen Arbeiter verstehen jetzt immer mehr den Sinn des roten Volksentscheids der kommunistischen Partei gegen die Brüning-Regierung. Heute steht klar und eindeutig als Ergebnis des Volksentscheids vor der gesamten deutschen Arbeiterklasse: Die Geschlagenen sind die sozialdemokratischen Führer, die Sieger sind die Kommunisten, die viele Millionen um ihr Banner gesammelt haben und die durch den roten Volksentscheid bei tausenden und aber tausenden sozialdemokratischen Arbeitern die demokratischen Illusionen über „Meinere Arbeit“ zerstört haben.

„Verwaltungsreform“ in Preußen

Breite Massen haben bereits erkannt, daß Preußen keine Zitrone der Demokratie ist, sondern daß das Preußen Sedertings die Hauptstütze des faschistischen Brüning-Regimes ist. Wer das noch nicht erkannt hat, für den wird die „Verwaltungsreform“, die Braun-Regierung jetzt durchführen wollen, sehr lehrreich sein. Die Zahl der Abgeordneten soll auf 300 herabgesetzt werden und das Ziel überhaupt ein Aufgehen Preußens im Reich sein. Es handelt sich hier um nichts anderes als darum, daß erstens die Sozialdemokratie Angst vor Kommunisten hat und daß sie zweitens durch ein Aufgehen Preußens im Reich hofft, die 300 000 Toten, die sie in Preußen befeht hat und die sie nach der Kommunisten zu verlieren fürchtet, durch die Vereinnahmung Preußens mit dem Reich wenigstens zum Teil retten zu können. Darüber hinaus handelt es sich um eine Zentralisierung des Machtapparates zur noch stärkeren Niederhaltung der Massen.

Die unbefiegbare KP Bulgariens

Das bulgarische Beispiel im Spiegel des „Dresdner Anzeigers“

Die heutige Ausgabe des Dresdner Anzeigers enthält einen äußerst interessanten Beitrag des Sozialen Mitarbeiters über die Kommunisten in Bulgarien. Ohne uns über die selbstverständlichen Beschreibungen der Darstellung der Zusammenhänge mit dem bürgerlichen Journalisten auseinanderzusetzen wollen wir nur die Information unserer Leser einige Abzüge zitieren, deren Inhalt trotz der darin enthaltenen üblichen Verleumdungen den revolutionären Arbeiter und Bauern und ihren Kampf unter kommunistischem Banner erkennen läßt. Wir zitieren:

„Die kommunistische Partei war aufgelöst. Die kommunistische Bewegung schien auf lange Zeit ausgelöscht. Die Führer, soweit sie am Leben geblieben waren, lebten über die Grenzen nach Südrußland, nach Wien und nach Moskau. Alles erschien so ruhig und gesamt, daß die Bildung einer unabhängigen Arbeiterpartei erlaubt wurde, die ein paar Tage im Parlament erlangen konnte. Die Sgornorregierung, besonders der auf den Ausgleich aller inneren Gegensätze bedachte Ministerpräsident Vinschell, hofften, die extrem geladene Arbeiterpartei in ein legales, parlamentarische — und politisch leichter zu überwachendes — Fahrzeug zu fassen. In Wirklichkeit wurde die Arbeiterpartei in Theorie und Praxis die Nachfolgerin der aufgelösten kommunistischen Partei, und es dauerte gar nicht lange, da tauchten von allen Seiten neue Gelichter auf, Bulgaren und Russen, die mit harmlosen Fällen versehen, Bulgaren als „Kauflente“, als „Wissensthier“ bereiteten. Doch es sah um Geboten Moskaus handelte erfuhr die rührige Politpartei in Sofia bald. Man nahm Verhandlungen vor, ließ unermüdete Ausländer ab — ein paar Leute „verschwand“ spuzlos. Für jeden Verhafteten, Angeklagten, Kerkhäftlingen kamen mehrere Erschleuter, Jellen wurden gebildet, die Zeitung der Arbeiterpartei

SPD-Blatt bestätigt den roten Sieg

Eingekändnis der Breslauer SPD-Zeitung über die Volksentscheidaktion der SPD / Die „nationalen Opposition“ entlarbt sich wieder als Brüning-Agentur

Die sozialdemokratische „Volksmacht“, das Breslauer Organ der SPD schreibt in einer Betrachtung über den Ausgang des Volksentscheids in ihrer Wochennummer:

„Es ist völlig falsch, wenn die Deutsche Allgemeine Zeitung, eines der verlogensten und ungeschicktesten Blätter Deutschlands (das nebenbei bemerkt vollkommen in die Kerbe der SPD haut) Ann. der Red. der Nationalen Opposition, das im faschistischen Lager mit am lautesten für den roten Volksentscheid eingetreten ist, lächelt vor sich hin und die Brüning-Politik ein. In der 2. Augustausgabe des „Arbeiter“ schreibt der Herausgeber des Blattes, der bekannte Faschist, in einem Artikel „Das Erfüllungsexperiment“ u. a.:

„Dem das möchte ich hier laut und leierlich verkünden: Wer uns aus den Ketten der Treibpflicht erlöst, dem hat sich zu dank verpflichtet, ganz einzeln, welcher parteipolitischen Richtung er angehört. Das bedeutet, wenn Dr. Brüning die Mann sein sollte, seine Freigabe unserer politischen Willensfreiheit... Dem, der der Treibpflicht ein Ende bringt, soll man nicht vorwerfen, daß der Gang der Handlung lang und beschwerlich gewesen ist und daß man es leichter hätte haben können. Ihm soll man nur dafür danken, daß ihm die Befreiung gelungen ist. Dieses Dankes — auch der nationalen Opposition — würde Dr. Brüning gewiß nicht ablehnen.“

Das ist die Demasierung der „nationalen Opposition“ in der Komplizen und Bundesbrüder der Brüning-Regierung.

Der Terror, den die SPD-Führer, die angeblichen Hüter der „Demokratie“ und wirklichen sozialfaschistischen Agenten Brüning, ausüben, wird durch folgendes gekennzeichnet: In der sozialdemokratischen Märkischen Volksstimme vom 7. August erschien folgende Bekanntmachung:

„Mäßigung! Volksentscheid! Me 130 m (Pauke). Das Reich der Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei werden am Sonntag zum Volksentscheid die Abstimmungslokale übermacht. Es wird eine genaue Kontrolle durchgeführt, um alle Volkserwerber öffentlich festzuhalten. Die Führer für die einzelnen Abstimmungslokale haben sich pünktlich um 8 Uhr in den betreffenden Lokalen einzufinden.“

In anderen sozialdemokratischen Zeitungen erschienen ähnliche Bekanntmachungen. So wurde der Terror ausgeübt.

Der Ausgang des Volksentscheids hat in der Front der sogenannten „nationalen Opposition“ eine wahre Niedergangsstimmung erzeugt. Offener noch als bisher nehmen die Selbst, Hugenberg, Hitler u. Co. den Kurs auf die Brüning-Politik. Während die Nationalsozialisten dies in vorläufiger, verstellter Form machen, schickt die Deutschnationalen Partei Hugenberg zu Brüning, um mit ihm über die Einbeziehung in die Regierung zu verhandeln. Noch weiter geht ein anderer Hüter der „nationalen Opposition“. Die Gruppe um den „Arbeiter“, ein Blatt, das im faschistischen Lager mit am lautesten für den roten Volksentscheid eingetreten ist, lächelt vor sich hin und die Brüning-Politik ein. In der 2. Augustausgabe des „Arbeiter“ schreibt der Herausgeber des Blattes, der bekannte Faschist, in einem Artikel „Das Erfüllungsexperiment“ u. a.:

Freiberger Nazis überfallen Reichsbannerarbeiter

Polizei schießt auf SPD-Arbeiter Preußischer Regierungsvorsteher bei Stahlhelmbeerdigung

In Freiberg überfielen Nationalsozialisten einen Trupp Reichsbannerarbeiter, die an der Reichsfeier auf dem Obermarkt teilgenommen hatten. Die Nazis wurden jedoch in die Flucht geschlagen, nachdem einer ihrer Anführer erheblich verletzt worden war.

Nach einer Verhaftung im Belegau im Schießen kam es zu Zusammenstoßen, wobei ein Reichsbannerarbeiter von einem Soldaten schwer verletzt wurde. Ein anderer erhielt einen Beinbruch. Er gehört der Sozialdemokratischen Partei an. Eine zu diesen Verletzungen sofort einberufene Protestversammlung der Roten Hilfe wurde verboten.

In Köln wurde ein Arbeiter mit der Beschuldigung verhaftet, er habe den Stahlhelmlührer Selster, der bei einer Auseinandersetzung getötet worden ist, niedergeschossen. Der Verhaftete bestritt jede Schuld. In den Belegungsstellen, die zu einer faschistischen Demonstration des Stahlhelms und der Nazis ausgenutzt wurden, nahm als offizieller Vertreter der preußischen Regierung Regierungsrat Dr. Koerber teil.

Die Arbeitslosigkeit steigt weiter

Berlin, den 13. August 1931

Nach den letzten Ermittlungen betrug die Zahl der in die Listen der Arbeitsämter eingetragenen Arbeitslosen in Berlin am 1. August 466 081. Davon erhielten nach den Feststellungen des Landesamtes der Provinz Brandenburg nur 123 898 die volle Erwerbslosenunterstützung. 113 465 erhalten Arbeitsunterstützung. Die Zahl der aus den städtischen Mitteln unterstützten Wohlfahrtsdienstleistungen hat bis zum 1. August d. J. 166 000 überschritten. Der Rest, also mehr als 60 000 Erwerbslose, erhält keinerlei Unterstützung.

Nazi-Goebbels denunziert Scheringer

Berlin, den 13. August 1931

Eine Gipfelstellung in Gemeinheit leistet sich der Hauptmann des nationalsozialistischen Blattes in Berlin, in seiner letzten Abendausgabe. Unter der Überschrift „Welche Rolle spielt Scheringer bei den Bülowplakaten?“ berichtet er an der Spitze des Blattes die unehren Leuten schon längst bekannte Tatsachen, daß die Oberbürgermeisterhaft gegen den Genossen Scheringer ein massives Hochverratsverfahren eingeleitet hat und verurteilt, den Genossen Scheringer, der in Gollnow sitzt, in Verbindung mit den Vorgängen auf dem Bülowplatz zu bringen. Wörtlich heißt es in der Hefenblat:

„Dank hat sich nicht genug das Schicksal eines jungen Offiziers erfüllt, dessen Tatendrang ihn erst vor wenigen Monaten höchstwahrscheinlich Verhaftungserwartungen erliegen ließ. Er ist in die SPD, seiner Meinung nach habe der Nationalsozialismus darauf verzichtet, den bemäntelten Rechtsaufsatz gegen die Weiblicher Deutschlands im In- und Auslande vorzubereiten; es die aber die Kommunisten täten, gingen er nun zur roten Front über.“

Dieses Geschwätz ist nicht nur eine niederträchtige Denunziation, sondern auch eine schamlose Anbiederung an Heilmann.

Bauernkampf gegen Zwangsversteigerung

In Rößlerfeld bei Appenrade tagte eine Versammlung von 350 Vertretern der nordhessischen Ortsgruppen der Kampfbewegung. In der Tagung, die sehr lebhaft verlief, wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der die Einleitung der Zwangsversteigerungen und Herabsetzung des Zinsfußes geordert wird.

Diktator über den Gemeinden

Die Notverordnungspraxis der Brüning-Regierung hat sich auf allen Gebieten geradezu katastrophal aus. Die Durchführung der Verordnungen wurde ungehört verfrachtet. In der Sozialpolitik wird abgebaut. Die Gemeinden wollen in sich nicht lösen. Was auf dem Gebiete der Verfassung der Sozialpolitik, der steuerlichen Maßnahmen durch die Brüning-Regierung begonnen wurde, das wird in den Gemeinden die sozialfaschistisch-sozialdemokratischen Gemeindevorstände fortgesetzt. Wo die Gemeindevorstände ihren Bestreben weihen oder Notverordnungen nicht folgen — weil diese die Autonomie der Gemeinden nicht wollen — dort hilft die Brüning-Regierung mit dem rigorosen Abbau und der Verfrachtung der Bürgerrechte durch die Aufsichtsbehörde nicht nach. In den Industriebezirken wurden die meisten Betriebe ausgeplündert.

Der Bezirk Viers ist ein außerordentlich harter Bezirk. Die nationalsozialistische Amtshauptmannschaft hat sich mit Unterstützung ihres Bezirksauschusses, der zur Hälfte aus SPD und Nationalen besteht, als Diktator etabliert. 139 Städte und Gemeinden sind der Bürgerrechtserschließung bittet.

Es wurden 38 Städte und Gemeinden angemeldet, die der Bürgerrechte nach dem Landesgesetz und einem Zuschlag von 100 Prozent zu erheben. Unter diesen Städten befinden sich 10 Städte Stadt Weiden, Bergschüssel und Gattelsberg. 10 Städte wurden 101 Städte und Gemeinden, darunter die Städte Schandau, Rautsch, Rautsch, Heidenau, Diebstadt und andere angemeldet, zu der bereits eingeführten Regenerlei Zuschlag zu erhöhen, von 100-300 Prozent zu erhöhen. In allen Fällen wird die Befreiung rückwirkend ab 1. April 1931 durchgeführt werden.

Zunehmend neue Massenbewegungen, das ist der Weg, auf dem Bürgerliche und Sozialdemokraten die Rettung des kapitalistischen Staates und seiner Gemeinden durchführen wollen. Die SPD hat trotz dieser schändlichen Zeichen der Faschisierung der Gemeinden der Gemeinden, die von ihren Feinden an der Spitze durchgeführt wird, nach dem Maul, vom Schutze der Demokratie zu sprechen. Die Arbeiter erkennen aber heute immer mehr, daß der Kampf gegen Sozialfaschismus und Faschisierung nur gelöst werden kann in breiter, außerparlamentarischer Arbeiterbewegung. Sie stehen sich ein in die kommunistische Partei, der einzigen Führerin im Kampfe gegen jede Massenbewegung und Sozialfaschismus. Jeder Wertung liegt die Arbeiterklasse, die Sprachrohr der Unterdrückten und Ausgebeuteten.

Massenarbeit im Spiegel der Organisation

Organisatorische Entwicklung des Bezirks im zweiten Quartal 1931 Zum 60. Geburtstag Karl Liebknechts

4359 Aufnahmen / Ungenügende Veranferung in Betrieben / Fluktuation / Ungleichmäßige Entwicklung Wachsender Anteil der Erwerbslosen / Ansteigen des Abonnentenstandes der Tagespresse trotz Terror

Schließt auf die Brandherde, betreibt die sozialfaschistische Presse eine wilde Hege gegen die Parteiorganisation. Da die politischen Argumente außerordentlich schwach sind und eine Wandlung von SPD-Arbeitern zu unserer Partei tagtäglich zu beobachten ist, versucht die sozialfaschistische Presse in der Öffentlichkeit nachzuweisen, daß wir organisatorisch bankrott sind. Wie bereits gesagt, liefern die Brandherde die Materialien. Wir können es uns erlauben, auf all den Unfug einzugehen. Die Brandherde sind so schlecht informiert über die wirklichen Vorgänge in der SPD, daß sie nicht einmal wiedergeben können, wann unsere Körperschaften tagen und eben alles durcheinander werfen. Der Beschluß der Bezirksleitung, den die SPD von Trossen nach Leipzig zu verlegen, muß dazu herhalten, um um dieselben ein ganzes Märchengebilde zu schaffen. Sofort entsand in den Köpfen dieser Verräter die Liquidierung unserer Tagespresse und der organisatorische Bankrott unserer Organisation. Jedes einzelne Parteimitglied, vor allem aber jede einzelne Zeitung, kann von ihrem Tätigkeitsgebiet das Gegenteil beweisen. Bei unserem Ueberblick über die Entwicklung unserer Organisation über das 2. Quartal 1931 kommt es uns nicht darauf an, den Unfug der Brandherde und Sozialfaschisten zu widerlegen. Wir haben wichtigere Dinge zu tun. Gerade der gegenwärtige Zeitabschnitt macht es uns zur Aufgabe, selbstkritisch zu überprüfen, inwieweit der Stand unserer Organisation und die Erfolge, die wir zu verzeichnen haben, mit den Erfolgsmöglichkeiten in Einklang zu bringen sind. Wir werden deshalb im nachfolgenden alle unsere Erfolge als selbstverständlich registrieren, dabei aber kritisch aufzeigen, wo es noch fehlt. Dieses werden wir auch tun auf die Gefahr hin, daß

unser Segner wiederum daran anknüpfen und versuchen werden, unseren Bankrott nachzuweisen. Einen solchen „Bankrott“ können wir sehr gut ertragen. Für uns ist das wichtigste, der gesamten Partei aufzuzeigen, wo es aufzuholen gilt.

Der Zustrom zur Partei hält an. In jedem Monat kommen Tausende neuer Parteimitglieder im Bezirk zur Partei. Dennoch ist der Zustrom vollkommen ungenügend und entspricht nicht den gegebenen Möglichkeiten.

Vor allen Dingen ist die tatsächliche organisatorische Erfassung der neugewonnenen Parteimitglieder noch nicht zufriedenstellend. Wir sind nicht gewohnt, es so zu machen, wie die SPD, die ewig vom Zustrom spricht. Wenn man sich die Sache dann einmal genau ansieht, bleibt nicht viel davon übrig. Die SPD Orlowitsch sagt in ihrem Mitteilungsblatt Nr. 7, daß sie 38 000 Mitglieder zählt. Bei einer anderen Aufstellung spricht sie aber davon, daß 324 000 Marken im 2. Quartal 1931 verkauft wurden. Diese Ziffer, geteilt durch 13 Wochen, ergibt aber nur 24 900 Mitglieder. Solches Vorgehen mit Ziffern kann vorübergehend die Öffentlichkeit täuschen, kann auf die Dauer aber nicht verheimlichen, daß der Schein nach dem 2. Mann ohne Widerhall geblieben ist. Wir kennen die organisatorische Verankerung der SPD. Wir wissen, daß sie uns zahlenmäßig überlegen ist. Wir kennen aber auch den Inhalt der Organisation. Das ist für uns von ausschlaggebender Bedeutung.

Der Mitgliederzuwachs in den einzelnen Unterbezirken

Im Verhältnis zum Soll im Bezirksverbreitungsplan haben wir in den einzelnen Unterbezirken folgende Aufnahmen zu verzeichnen:

Unterbezirk	Mai			Juni			Juli			Gesamt		
	Soll	Err.	%	Soll	Err.	%	Soll	Err.	%	Soll	Err.	%
Bautzen	125	27	21,6	95	93	97,8	70	66	94,2	290	186	64,1
Dresden	570	171	30,0	350	380	108,5	270	251	92,9	1190	802	67,3
Kiela	125	51	40,8	95	119	125,2	70	165	235,7	290	335	115,5
Freiberg	125	56	44,8	95	64	67,3	70	71	101,4	290	191	65,8
Leipzig	570	198	34,7	350	610	174,2	270	424	157,3	1190	1262	106,0
Chemnitz	570	99	17,3	350	214	61,1	270	211	78,1	1190	524	44,0
Zwickau	270	160	59,2	210	290	138,0	130	186	143,0	610	636	104,2
Schwarzenberg	125	91	72,8	95	158	166,3	70	110	157,1	290	359	123,7
Flauen	270	72	26,5	210	76	36,1	70	116	165,7	550	264	48,0

Am Mai ist das Prozentergebnis in allen Unterbezirken nicht schlecht. Schwarzenberg markiert mit 72,8% an der Spitze. Im Juni haben einige Unterbezirke das Soll bei weitem überschritten. Leipzig markiert mit 182% an der Spitze. Es hat wiederum Schwarzenberg mit 166%. Weit zurück bleibt Freiberg, wiederum Chemnitz, und vor allen Dingen der Unterbezirk Flauen.

Im Juli holt Kiela ganz energisch auf. Flauen holt ebenfalls auf und bleibt auf dem 3. Platz. Leipzig behauptet den 1. Platz und Schwarzenberg muß sich diesmal mit dem 4. Platz begnügen. Dresden und Bautzen bleiben weit hinter dem Soll; Chemnitz markiert wiederum an letzter Stelle.

Im Quartalsdurchschnitt behält Schwarzenberg die Spitze. Es folgt Kiela und dann Leipzig. Zwickau hat sein Quartalsziel erreicht. Die Unterbezirke Bautzen, Dresden und Freiberg haben nur etwas über 60% erreicht. Flauen und Chemnitz stehen erheblich zurück. Warum der UB Chemnitz nur 44% vom Soll erreicht, werden die Genossen des dortigen Unterbezirks wohl kaum sagen können. Die Ursache, daß die Schwächen größer sind, ist nicht am Platz. Die Genossen vernachlässigen außerordentlich die Organisationsarbeiten. Eine intensive Arbeit wird dort nicht geleistet. In erster Reihenfolge müssen wir dort die Voraussetzungen schaffen, damit der Unterbezirk Schritt hält. Der UB muß selbst feststellen, welche Schritte zurückbleiben, und dann aber tun...

Die Entwicklung im Bezirk ist ungleichmäßig. Am besten sind das nachfolgende Aufstellungen, aus der hervorgeht, wieviel Ortsgruppen in den einzelnen Unterbezirken im 1. Quartal 1931 die Fiktion vom 2. Quartal liegen noch nicht erdgültig vor) überhaupt keine Aufnahmen zu verzeichnen haben:

Unterbezirk	Gesamt-Ortsgruppen	Ortsgruppen ohne Aufnahmen	Januar	Februar	März
Bautzen	64	51	46	49	66
Dresden	106	70	81	81	66
Kiela	23	13	15	14	14
Freiberg	40	27	29	25	25
Leipzig	94	66	59	72	72
Chemnitz	106	63	65	67	67
Zwickau	67	40	35	35	35
Schwarzenberg	47	30	25	24	24
Flauen	12	24	31	27	27

Nach hier appellieren wir an die Unterbezirksleitungen, genau zu überprüfen, warum in diesen Ortsgruppen nichts geleistet wurde und was zu tun ist, damit diese Ortsgruppen in der allgemeinen Front des Vormarsches marschieren.

Neue Positionen schaffen

Im Bezirk haben wir uns die Aufgabe gestellt, bis zum 1. Oktober 206 neue Ortsgruppen zu schaffen. Nachfolgend zeigen wir, wie in den einzelnen Unterbezirken diese Aufgaben für das 2. Quartal realisiert wurden:

Unterbezirk	Soll bis 1. 10.	Soll bis 1. 8.	Err. bis 1. 7.
Bautzen	87	79	64
Dresden	92	84	106
Kiela	39	33	23
Freiberg	59	53	40
Leipzig	113	107	94
Chemnitz	119	113	106
Zwickau	80	78	67
Schwarzenberg	82	67	47
Flauen	75	67	52

Der Anteil der Unterbezirke am Gesamtmitgliedenstand entwickelte sich von Januar bis Juni 1931 im Bezirk wie folgt:

Unterbezirk	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
Bautzen	3,2	2,7	3,5	3,8	3,6	3,1
Dresden	18,7	17,7	15,8	15,4	18,2	18,5
Kiela	2,2	2,8	2,4	1,6	2,3	2,7
Freiberg	2,9	1,5	2,9	2,5	2,5	3,5
Leipzig	25,9	32,7	32,0	31,7	29,2	20,9
Chemnitz	26,5	21,8	21,2	24,6	22,7	21,8
Zwickau	8,9	8,8	8,8	8,8	10,3	9,8
Schwarzenberg	3,9	4,8	6,2	4,8	4,6	6,4
Flauen	7,5	6,3	7,6	6,7	6,6	6,7
Zusammen	100	100	100	100	100	100

Der Unterbezirk Bautzen mußte sich im Monat Februar auf den 8. Platz begeben, fiel in den Monaten März bis Mai auf den 7. Platz und kam im Monat Juni auf den 8. Platz zurück. Der Unterbezirk Dresden steht immer auf dem 3. Platz. Da bis zum nächsten Unterbezirk ein großer Schritt ist, geht der Anteil laufend zurück, ohne daß ihm einer der übrigen Unterbezirke den Platz streitig macht. Der Unterbezirk Kiela steht immer noch an letzter Stelle. Im Monat Februar rückte er auf den 7. Platz auf, kam dann aber wieder auf die letzte Stelle zurück. Der damalige Aufstieg war nicht auf den größeren Anteil des Unterbezirks, sondern auf das Rückfallen der Unterbezirke Freiberg und Bautzen zurückzuführen. Unterbezirk Freiberg ist sehr beweglich, ohne dabei aber einen größeren Schritt nach vorn zu machen. Hoffen wir, daß der Unterbezirk durch fleißige Arbeit den 7. Platz, den er jetzt inne hat, behaupten kann. Der Unterbezirk Leipzig mußte sich im Januar den 1. Platz durch den Unterbezirk Chemnitz nehmen lassen. Da der Unterbezirk aber erheblich aufholte und Chemnitz zurückfiel, hält er seit Februar den 1. Platz unbestritten. Wenn Chemnitz endlich aufholt, muß Leipzig alle Anstrengungen machen, um den 1. Platz zu behaupten. Der Unterbezirk Zwickau bleibt auf dem 4. Platz. Der Anteil ist sehr differenziert, bewegt sich aber auf ansteigender Linie. Der Unterbezirk Schwarzenberg hat den 6. Platz inne, kann bei einigermaßen systematischer Arbeit, und wenn alle Ortsgruppen des UB dem guten Beispiel von Eibensfeld, Böhmisch und Buchholz folgen, sicherlich den 5. Platz flauen streitig machen. Allerdings wäre dies eine Schande für Flauen, wollebist viel günstigere Voraussetzungen vorhanden sind. Der Unterbezirk Flauen kommt deshalb nicht recht vom Fleck, weil einige größere Ortsgruppen des Unterbezirks überhaupt keine Anstrengungen machen.

Die differenzierte Entwicklung und das Ergebnis der Arbeit in den einzelnen Unterbezirken, vor allem aber in den Ortsgruppen, zeigt die Möglichkeiten der Aufwärtsentwicklung. Es kommt lediglich darauf an, dieselben so auszunutzen, wie das für eine gute Parteiorganisation erforderlich ist.

Werbung und Abrechnung

Nachstehend bringen wir noch die erreichte Unterbezirksabrechnung im Monat Juli im Verhältnis zu dem für diesen Monat gestellten Soll. Das für Juli gestellte Soll ist gleich 100%. Dennoch haben die einzelnen Unterbezirke erreicht:

Kiela 108,4, Schwarzenberg 81,1, Leipzig 89,5, Zwickau 88, Dresden 85,8, Bautzen 81,3, Flauen 71, Chemnitz 70,6 und Freiberg 68,3%.

Der Unterbezirk Kiela markiert also an der Spitze und hat das für den Monat gestellte Soll bereits überschritten. Alle anderen Unterbezirke bleiben weit zurück und erreichen bei weitem nicht das gestellte Soll. Am schlimmsten gestellt ist es mit Chemnitz, Flauen und Freiberg, wo der Rückstand zwischen dem



„Unter dem Dröhnen des heranrollenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs werden die noch schlafenden Scharen der Proletarier erwachen wie von den Posaunen des jüngsten Gerichts, und die Leichen der hingemordeten Kämpfer werden auferstehen und Rechenschaft heischen von den Fluchbeladenen. Heute noch das unterirdische Grollen des Vulkans — morgen wird er ausbrechen und alle in glühender Asche und Lavaströmen begraben!“

(Schlußsatz des Artikels Liebknechts „Trotz alledem.“)

Soll und dem Erreichten außerordentlich groß ist. In diesen Unterbezirken muß durch die UB-Leitung eine genaueste Ueberprüfung des Kassierapparates vorgenommen werden. Darüber hinaus aber ist es selbstverständlich, daß die gesamte Partei sich um diese Fragen kümmert und alles tut, um das Verhältnis zu befestigen. Das Soll wurde gestellt, um eine Markströme in der Arbeit zu haben. Weichen wir vom Wege ab, dann müssen wir eine Korrektur in unserer Arbeit vornehmen.

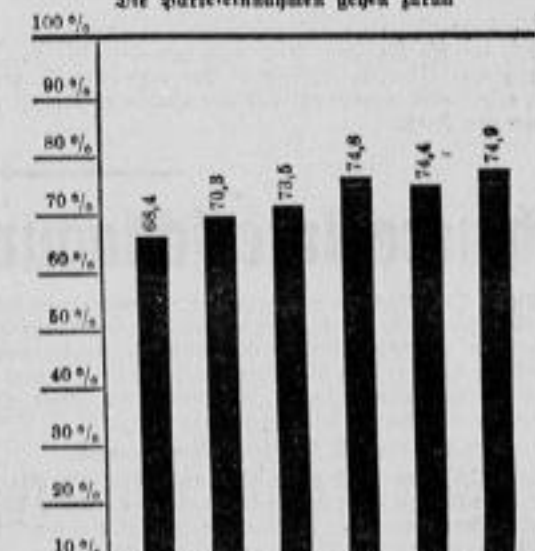
Kampf der Fluktuation

Auf die Frage „Was ist Fluktuation?“ brauchen wir wohl kaum noch zu antworten. 9114 neue Parteimitglieder, die sich nicht reiflos in der Abrechnung befinden, stellen kein Plus in unserer Arbeit dar. Hier muß schärfstens aufpaßt werden. Es muß gesagt werden, daß die Unterbezirke, die so weit zurückgeblieben sind, wohl eine fastische Anzahl von Aufnahmen zu verzeichnen haben, dieselben befinden sich aber nicht in der Abrechnung.

Wir können die Fluktuation beseitigen, indem wir eine schärfste Kontrolle ausüben, indem wir bei allen Gelegenheiten die Mitgliedsbücher kontrollieren, indem wir die Renaufgenommenen in die Parteikartei einfügen, sie durch kurzfristige Kurse oder Arbeitsschulen usw.

In der gegenwärtigen Krisenzeit, wo die meisten Arbeiter nicht das Notwendigste zum Leben haben, ist pünktliche und wöchentliche Kassierung unbedingt erforderlich. Ein Arbeiter, der einige Wochen mit seiner Beitragszahlung im Rückstand bleibt, kann dieses nicht wieder aufholen.

Die Parteieinnahmen gehen zurück



Unsere Statistik zeigt, wie der Anteil der Erwerbslosen markten in unserem Bezirk von Monat zu Monat anwächst. Die Sozialdemokratische Partei steht sich gezwungen, gerade im letzten Monat eine Beitragsmarke für Erwerbslose einzuführen. Die SPD hat, obwohl sie auch für die Vollarbeiter viel niedrigere Beiträge nimmt, bisher für Erwerbslose solche nicht genommen. Sie sagt in ihrem Mitteilungsblatt Nr. 7 ganz hoch, „daß es in der kommunistischen Partei den Begriff der verbilligten Er-

Entschließung

Die engere Bezirksleitungsführung beschloß sich in ihrer Sitzung vom 10. August mit dem Stand der Arbeit in Betrieben, Gewerkschaften und unter den Erwerbslosen und faßte folgenden Beschluß:

1. Jedes Parteimitglied muß bis spätestens 1. Oktober einer Gewerkschaft oder zumindest aber der RGO angehören;
2. In ganzen Bezirk Sachfen wird monatlich einmal — erstmalig am 1. September — ein Zellentag durchgeführt. Alle Organisationsleitungen werden angewiesen, sofort alle Vorbereitungen zu treffen, damit dieser Zellentag durchgeführt wird (Küßsprache mit Massenorganisationen, damit keine andere Sitzung an diesem Tage stattfindet, Zusammenhalten der Zellenleitungen und praktische Vorbereitung des Zellentages, Festlegung der Referenten und Instruierung derselben). Am Zellentag muß eine starke Kontrolle über jedes einzelne Mitglieds geführt werden. Die Zellenleitungen (Ortsgruppen und Betriebszellen) müssen den schriftlichen

Bericht über die Durchführung des Zellentages sofort an die Bezirksleitung einreichen. Damit der Zellentag am 1. September auch tatsächlich durchgeführt wird, müssen bereits alle Zellen bis zum 1. September einmal zusammenkommen;

3. Zusammen mit dem 2. Zellentag am 1. Oktober wird im gesamten Bezirk eine Organisationskontrolle durchgeführt. Die Kontrolle erstreckt sich auf:
 - a) Gewerkschaftszugehörigkeit der Mitglieder,
 - b) tatsächliche Zugehörigkeit aller betriebsständigen Mitglieder zu einer Betriebszelle und der übrigen zu einer arbeitenden Streikzelle,
 - c) Leistung der Beiträge in Partei und Massenorganisationen.
 Damit dieser Beschluß durchgeführt wird, ist es unbedingt erforderlich, daß in allen Organisationseinheiten sofort zu den Aufgaben Stellung genommen wird.

Bezirksleitung Gießen.

Wohlfahrt überhaupt nicht gibt". Mit solchem Rhetorikern ist die Partei der Arbeiter, die aus "Billigkeitgründen" das grüne Mitgliedsbuch noch tragen, zu halten. Unsere Partei ist, das geht aus den aufgeführten Ziffern ganz einwandfrei hervor, die Partei der Armen. Der ausgebeutete Teil der Arbeiterklasse steht zu uns. Wir haben nicht tadelnde Parteimitglieder, die Sonderbeiträge bis zu 40 RM pro Monat zahlen können, wie das sozialdemokratische Blatt behauptet. Aus diesem Grunde muß die teure Erfüllung auch des letzten Mitglieds durchgeführt und die Masse der Mitgliedschaft die Finanzen bringen, die wir für die Durchführung unserer Parteiarbeit benötigen.

Unser schwächerer Frontabschnitt

Es zweifelslos die Arbeit an der Betriebsfront. Das kommt bereits durch die aufgeführten Ziffern bei der Beitragsleistung zum Ausdruck. Unsere Werbearbeit wird noch zu allgemein, d. h. nicht auf die wichtigsten Stellen konzentriert, durchgeführt. Die Werbung von betrieblichen Arbeitern steht z. B. wie folgt aus:

	Kulnahmen	davon Betriebsarbeiter
April	921	288 = 31,2 %
Mai	925	146 = 15,8 %
Juni	2034	401 = 19,7 %
Juli	1600	309 = 19,3 %

Im April war der Anteil der betriebsaktiven Genossen, wenn auch nicht zufriedenstellend, aber immerhin ein guter. Die Partei muß bei der Werbung auf die Betriebsarbeit vor allen Dingen auch auf die organisatorische Erschließung der betriebsaktiven Arbeiterkraft Wert legen. Dieses Proportionsverhältnis besetzt heißt, die Voraussetzungen für eine gute Arbeit in den Betrieben zu schaffen.

Der Stand unserer Presse

Der Hauptangriff unserer Gegner richtet sich gegen die kommunistische Presse. Der Kämpfer und die Arbeiterstimme werden, sollen wir den Nachrichten des Reformistischen Glaubens schenken, eingeklinkt. An dem ganzen Gerberei ist selbstverständlich kein wahres Wort. Umgekehrt. Die Entwicklung unserer Presse im Bezirk ist so, daß wir über eine Steigerung von 13,8 % berichten können. Allerdings muß gesagt werden, daß wiederum die Entwicklung im gesamten Bezirk nicht gleichmäßig ist. In Sachsen ist z. B. die Vormärtsentwicklung der einen Zeitung eine bessere als die der anderen. Auf diese Tatsache machen wir die Genossen aufmerksam, um sie auf ihr Zurückbleiben hinter der allgemeinen Linie hinzuweisen. Die Werbearbeit für Partei und Presse muß in erster Linie gesteigert werden. Außerordentlich günstige Ergebnisse hatten wir in der Werbung für das Sächsische Volks-Echo zu verzeichnen. In der nächsten Nummer des Festschrift werden wir Gelegenheit haben, Unterlagenmaterialien zu dieser Frage zu bringen, da bis zu diesem Termin ja die Wochenendzeitung im gesamten Bezirk erschienen sein wird.

Die Parteiorganisation im Bezirk hat, trotz allem Geschrei der Reformisten, die das „Material“ durch die Brandreden besetzen, in den letzten Monaten eine gute Formationsentwicklung zu verzeichnen. Der „organisatorische Bankrott“, von dem die Brandreden und Sozialisten immer wieder reden, scheint sich in ihrem Lager sehr stark bemerkbar zu machen. Wir können auf jeden Fall sagen, daß die Januare von nahezu 10 000 Mitgliedern, die Schaffung von 75 neuen Ortsgruppen, und vor allen Dingen die außerordentliche Aktivität unserer Partei die Ausrichtung eines solchen Bankrottes sehr gut vertritt. Keineswegs sind wir mit unseren Erfolgen zufrieden. Viel mehr noch könnte geschaffen werden, wenn die gesamte Partei auf dem Posten wäre. Wir verbuchen die Erfolge und tun alles, um noch mehr aus der Organisation herauszuholen. Die nächsten Wochen und Monate bis zum 1. Oktober müssen ausgenutzt werden, um das von der Bezirksleitung gestellte Ziel:

- 10 000 neue Parteimitglieder,
- 200 neue Ortsgruppen,
- 400 arbeitende Betriebszellen,
- 10 000 neue Leser für die kommunistische Presse,
- Schaffung eines Massenablasses der Wochenendzeitung Sächsisches Volks-Echo und unserer Literatur usw.

zu erreichen. Die Voraussetzungen sind außerordentlich günstig. Die Parteimitglieder schenken jeden Tag leuchtende Beispiele von Aufopferung und Schaffensfreudigkeit. Der letzte Genosse vor die Front, alle Kräfte angepannt und wir werden es schaffen, allen Feinden zum Trotz!

Schwere Unterschlagung in der städt. Verwaltung

Jittau, Sa. Nachdem hier größere Unterschlagungen bei der Feuerwehrtätigkeit matten, sind weitere Unterschlagungen bei der höheren Fachschule für Textilindustrie festgestellt worden. Wertwüchsig dabei ist, daß die letzten Verschleudern erst nach dem Tode des betreffenden Beamten, des Leiters der Schule, Oberstudienrats Schmidt, herausgefunden sind.

Nach 6000 RM sind hier Käfen gegangen.

Schließlich wird die Summe aber noch höher als hier festgestellt. Die Frau des Beamten muß die Summe erklären. Welche Genossin hat denn der Herr zu Lebzeiten gemacht, daß der Witwe jetzt mit einem Male die Rückzahlung einer solchen Summe möglich ist?

Die Entscheidung wirft aber noch eine andere Frage auf. Warum haben die übrigen Beamten, die das Defizit jetzt erst aufdecken, erst nach dem Tode des Schmidt gesprochen? Herrliche in diesem Amt ein solcher Ton, daß keiner sich etwas zu sagen wagte. Welche es den unteren Beamten an Mut? Warum etwa die höheren Beamten gegenüber den unteren Beamten durch die und dann gebodet?

Wie gesagt, das sind eine Reihe Fragen, die geklärt werden müssen. Sie zu klären, ist um so nötiger, als ja die Unterschlagungen bei der freiwilligen Feuerwehrtätigkeit ähnlich lagen. Auch dort hat sich niemand herangezogen? Sind 3000 Reichsmark Erlös für diesen eine Ruhe? Was würde wohl einem unteren Beamten, durch dessen Schuld 18 000 RM Käfen gingen, passieren?

Im Interesse der Werktätigen, um deren Gelder es sich handelt, muß dringende Aufklärung und Abklärung verlangt werden. Die Verwaltung mit ihrem Oberbürgermeister ist verantwortlich. Weg mit den Schuldigen!

Notverordnung raubt Kriegsoptionen die Mu

Wir brachten bereits einen Fall, aus dem der Raub an den Kriegsoptionen ersichtlich ist. Wie uns nun weiter mitgeteilt wird, sind übereifrige Arbeitsamtstellen im Bezirk sogar so weit gegangen, den Kriegsoptionen die kapitalisierte Rente auf die Arbeitslosenunterstützung anzurechnen. Das ist, wie uns der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit mitteilt, unzulässig. Ganz abgesehen davon, daß die jetzige An-

Bauspartassen — ein Volksbetrug

Von Georg Schumann (MDR)

Mit dem 1. Oktober tritt durch eine Änderung des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen das Bausparparaffengesetz in Kraft (Reichsgesetzblatt 1 Nr. 13). Darunter unterliegen Bauspartassen der Genehmigung und Aufsicht der Behörden. Sie dürfen nur in der Form von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung betrieben werden. Bausparparaffengesellschaften sind nicht erlaubt. Einrichtung, Umfang, Geschäftspfan, Gesellschaftsvertrag und Rechnungsabluß unterliegen der Prüfung durch das Reichsaufsichtsamt. Materielle Bestimmungen über das Bausparen enthält das Gesetz nicht. Man will nur die schwindelhaften Ausschüsse dieser jungen Bewegung bekämpfen. Bei der Verzerrung des deutschen Volkes und der Selbsttäuschung der Mittel zum Wohnungsbau will man die Selbsthilfe durch systematisches Zwangsparen auf lange Sicht einschalten.

Genau der Schwandel ist ungeheuerlich. In Prospekten wird das Ganze vom Himmel herunter versprochen. Aber keine Bauspartasse ist davon frei, und auch das neue Gesetz wird das nicht helfen. Auch die letzte Bauspartasse, kann die Verheißungen nicht halten und muß in der Zeit wirtschaftlichen Niederganges scheitern. In „normalen“ Zeiten können einige Ausnahmefälle auf Kosten anderer zu erreichen sein. Eigenheimbau erhalten; die große Masse der Sparrer hat bei Hunger und Entbehrung das Nachsehen.

Das beste Geschäft machen die Gründer solcher Bauspartassen, obwohl sie in der Regel zinsloses Baudarlehen versprechen. Die größte Bauspartasse „Gemeinschaft der Freunde Wittenberg“ in Ludwigsburg mit 57 600 Mitgliedern, hat nach dem Geschäftsbericht für 1930 allein 1.302 574 Mark Verwal-

Solidaritätstag der Roten Hilfe, Freitag

Die Mitglieder aller betreuten Organisationen beteiligen sich am Solidaritätstag der Roten Hilfe. Stellen zur Demonstration um 17 Uhr am Steigerplatz am Sonnabend, dem 15. August. Anschließend Saalfundgebung bei Krille.

Abgesehen vom Bankrott der Bauspartassen bleibt das Eigenheim eine kostspielige Illusion für die breite Masse der Bausparer. Die Methoden und Verträge der einzelnen Kassen liefern ein buntes Bild der Verschiedenheit. Die Gruppierung der Sparrer ist verschieden; Schlüssel der Zuteilung ist bei jeder Kasse anders. In allen Fällen ist aber der zahlungskraftige Sparrer im Vorteil. Er kann einen Sparvertrag mit kurzer Dauer (etwa 6 Jahre) und hohen monatlichen Leistungen abschließen, während der Minderbemittelte mit langer Dauer (18 bis 28 Jahre) rechnen muß, ehe er ein Baudarlehen erhält. Teilweise kann ein Auslösung auch schon nach ein paar Jahren eintreten. Über dieses Bild wird nur wenig berichtet.

Auch sonst sind die Bauspartassen sehr geschäftsfreudig. Alle Baudarlehen werden als Geldmarktpfandbriefen an sicherer Stelle gegeben. Für die eingezahlten Gelder der Bausparer wird eine gleiche Sicherheit nicht gewährt. Bei einsetzender Krise sind also die Sparrer geschädigt.

Die Listen der Zuteilungen besitzigen, daß nur allenfalls 50% am 17. Oktober 1930 sind auf Stuttgart 36 Bausparparaffengesellschaften, darunter befinden sich ein Straßenbahnbauarbeiter, eine Stütze, eine Verkäuferin und eine Kantinenbediente, Fabrikanten usw. Damit ist erwiesen, daß die Bauspartassen nicht dazu beitragen, die Wohnungsnot der Werktätigen zu mildern.

Die guten Geschäfte der privaten Bauspartassen haben die Gemeinden und Länder angezogen, öffentliche Bauspartassen zu errichten. Die Landesbauspartasse für den Freistaat Sachsen ist ganz offen, daß sie die Bauspargelder zur Streckung der Wohnungsbauzinsen verwenden will. „Nach den Erfolgen, welche die privaten Bauspartassen trotz der Mängel ihrer Unternehmungen erzielt haben, ist kein Zweifel, daß eine ähnliche Unternehmung in Sachsen eine Bauspartasse mit einer Summe von 150 Millionen Mark abbringen könnte und daß man dann jährlich 7,5 Millionen Mark zur Streckung der Wohnungszinsen zur Verfügung hätte. Den Gemeinden wird dann aufgegeben, daß sie die Verpflichtungen der Landesbauspartasse solidarische Beiträge übernehmen, ein Grundkapital von 50 Pfennig pro Einwohner aufbringen und damit die Grundlage der neuen Bauspartasse abgeben sollen.

Aber auch in der öffentlichen Bauspartasse kommt es Minderbemittelte schlechter weg. Die Kasse empfindet nicht, daß die Grenze der monatlichen Leistung die Sparrate des einzelnen ist. Wer monatlich „nur 60 Mark spart“ kann, muß eben 12 Jahre warten, bis er schließlich sein Baudarlehen zum Eigenheim bekommt. Können er aber monatlich 120 Mark sparen, dann kann er schon in spätestens sechs Jahren das notwendige Baudarlehen erhalten. Nach den Zahlen dieser Kasse muß derjenige, der ein Darlehen von 10 000 Mark braucht, bei einer monatlichen Beitragsleistung von 37,50 M. 11 Jahre warten, bis er sein Baudarlehen erhält.

Aber es ist nicht davon die Rede, daß die Bauspartassen zinslos gegeben werden. In den monatlichen Raten befinden sich z. B. Beitrag zur Sicherheitsrücklage, ferner 0,3 v. H. Beitrag zu den Verbefolgen und 0,2 v. H. Beitrag für Verwaltungskosten. Außerdem 0,225 vom Tausend der Beitragssumme Vermittlungskosten der Bauspartasse und laufend 0,214 vom Tausend der Beitragssumme für Versicherung.

Auch bei der öffentlichen Bauspartasse wird keine Rücksicht darauf genommen, ob bei den Sparrern eine besondere Dringlichkeit der Wohnungsbeschaffung vorliegt. z. B. bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität usw. Solchen Sparrern wird empfohlen, einen kürzeren Takt zu wählen, der aber meistens nicht weilt neben der Rente für die alte Wohnung ein so hoher Betrag von etwa 130 Mark monatlich nicht aufgebracht werden kann.

Außerdem stellt diese öffentliche Bauspartasse die Bedingung auf, daß bei der Auslösung der Zuteilung eines Darlehens vor Ablauf der Vertragsdauer der Sparrer 20 Prozent der Kapitalsumme eigenes Kapital zur Verfügung hat. Das ist das nicht so muß er warten, bis der Betrag abläuft, also 18 Jahre. In dieser Zeit verbleibt wieder eine Benachteiligung der sogenannten Kleinparer. Dazu kommt, daß die Kasse auch Beiträge zur Ablösung von Hypotheken abbleibt, eine Maßnahme, die nur dem Hausbesitzer zugute kommt.

Besonders rigoros sind die Bestimmungen der Kasse bei Zahlungsvorgang. Jeder Zahlungsvorgang zur Zuteilung eines Baudarlehen wird als Rückzahlung des Vertrages angesehen. In Fälle unerschuldeter Kollegen kann die Stundung der Zahlungen

Hinein in die SPD!

lichen Beitragsleistung beantragt werden. Die Dauer der Stundungsdarf aber höchstens ein Jahr betragen, dann muß der Sparrer die gestundete Summe, zuzüglich 4 Prozent Zinsen zahlen. Es wird ausdrücklich betont, daß solche Stundungen nur in besonderen Ausnahmefällen gewährt werden können. Durch die Stundung darf aber höchstens ein Jahr betragen, dann muß der Sparrer die gestundete Summe, zuzüglich 4 Prozent Zinsen zahlen. Durch die Stundung darf aber höchstens ein Jahr betragen, dann muß der Sparrer die gestundete Summe, zuzüglich 4 Prozent Zinsen zahlen. Durch die Stundung darf aber höchstens ein Jahr betragen, dann muß der Sparrer die gestundete Summe, zuzüglich 4 Prozent Zinsen zahlen.

Für uns Kommunisten ist es längst klar, daß es im letzten Willen der Staat keine Lösung der Wohnungsfrage gibt. Die Idee, durch Sparten ein Haus zu erwerben, ist schon so alt, wie die Wohnungsbau selbst. Die bürgerlichen Moralprediger und Schläge Schulze-Dehligs, die den Arbeitern Selbsthilfe durch Sparparaffengesellschaften und Genossenschaften empfohlen, sind schon von Friedrich Engels gehörig auf die Spitze geklopft worden. Als diese illusionären Auffassungen auch zum Ausdruck kamen, hat der Leipziger sozialdemokratische Arbeiterklub Mülhberger 1872 im Leipziger sozialdemokratischen Volksblatt vertreten wurden, da rechnete Friedrich Engels in mehreren Artikeln (sogar mit diesen „Quasidilettanten“ ab. (Friedrich Engels: Zur Wohnungsfrage.)

Wir Kommunisten wissen, daß durch die erfindende Zuteilung der Wohnungsnot den Bauspartassen immer neue Opfer zu braten getrieben werden. Um so mehr haben gerade die Kommunisten die Pflicht, durch klare und einseitige Aufklärung gegen die privaten und öffentlichen Bauspartassen vor diesem Volksbetrug zu warnen und die Massen gegen das kapitalistische System zu gewinnen.

(Aus der Kommune, kommunalpolitische Zeitschrift der KPD zu beziehen durch die Post, Vierteljahrsbesug 1 Mark.)

Frommsdorf hat Welttrief!

Nur echt in den vor Nachahmungen gesetzlich geschützten Streifenpackungen mit Namenszug.

Kaufen Sie immer nur in einschlägigen Geschäften. Dort werden Sie gut und reell bedient.

Beitrag...
Großpolit...
Die...
30 Sta...
Solche...
Die W...
nach...
35 W...
Unter...
Ch...
mit...
Das...
Arbeit...
Mit...
der...
als...
des...
in...
Wer...
Geld...
gen...
So...
billig...
Arbeits...
In...
man...
trien...
Arbeits...
von...
gesch...
nicht...
Verz...
Verz...



Röpfe sollen rollen...

Heute hingerichtet vor dem Reichsgericht. Dort leistete er einen Schwur. Er beteuerte darin, daß sein Ausspruch vom Kopf rollen lassen" keineswegs so gemeint sei, daß die Nazis...

„Morddinge — inwiefern sind die prekären Bedenken berechtigt — genügt unter den heutigen Umständen ein einfaches Verbot der KPD nicht mehr... zum Schutze des Staates und des Volkes ist ihre (Todesstrafe) Androhung und Anwendung in diesem Falle ein Gebot wahrer Menschlichkeit.“

Groß roter Werbetaq am 16. August für die proletarischen politischen Gefangenen!

Die Solidaritätskundgebung der Roten Hilfe am 16. August hat die Antischaupolizeiaktion und das Polizeipräsidium zu Dresden verboten. Alle Mitglieder der Roten Hilfe und der übrigen Organisationen helfen sich zur Haus- und Hofpropaganda am Sonntag vorantag zur Verfügung.

Arbeitsdienstpflcht für werktätige Frauen

30 Jhr. ideale Entlohnung / Um die Unterföhung gepreßt / Arbeitsfrauen, der zur roten Klassenfront!

„In Abwesenheit ihres Mannes öfnete die Frau des Erwerbslosen den Gasbrenner.“ Solche und ähnliche Meldungen kann man täglich in den Zeitungen lesen und sie meilten Menschen beachten sie faum...

Die Abbaufesthörer der Unternehmer, die brutalen Kürzungen der Erwerbslosen, Aruten und Wohlfahrtsunterföhung, die Herauswurf von Hunderttausenden aus der Unterföhung, die Verlagerung der Kassenkassen und Sperrfisteln, alle diese Maßnahmen der Notverordnung durch die Hungerregierung, der Hungerkassen der Kapitalisten gegen alle Werktätigen sind die Ursachen solcher Verzweiflungszustände. Gerade die Frauen sind es, die am meisten unter der Annulla des Lohnraubs, der Lebensmittelverteuerung und Abbaumassnahmen zu leiden hat.

Im Betrieb ausgebeutet bis auf den letzten Rest ihrer Kräfte, wird sie dem Arbeitsamt „wegen Arbeitsmangel“ überwiesen, trotzdem in ihrem Betrieb per Doppelschicht und Ueberstunden geschuftet wird. War schon der Arbeitslohn ein geringer, so ist die Unterföhung, die nach dem fargen Verdienst berechnet wird, noch weit niedriger.

So nun die Frau jahrelang ihre Berföherungsbeiträge gemahlt hat, spielt hierbei gar keine Rolle. Sie wird da einfach in ihre Unterföhung gestellt. Daß die wirtschaftliche Notlage die Frau dazu zwingt, auf Arbeit zu gehen, wollen jene, die sich einst so warm für die Arbeitslosenversicherung eingelegt haben, nicht zugestehen. Hier milt sich die ganze Verlogenheit der SPD, die bei der Einföhrung jenes Gesetzes der Arbeitslosigkeit plausibel machen wollte, mit der Einföhrung des Erwerbslosenversicherungsgesetzes sollte die Berföhrungsprüfung fort und Mann wie Frau haben ein Recht auf die Unterföhung, wenn sie ihren Berpfichtungen, der Beitragszahlung, nachkamen. Die Kommunisten wurden als „Verräter“ an der Arbeitslosigkeit bezeichnet, als sie gegen das Gesetz kämpften, und heute nach der Auswirkung zeigt es sich so deutlich, wer die Verräter sind.

„Hände hoch!“ Hier ist Polizei!

Polizeiaktion in Dresdner Speierristorant / Verhaftung von 30 Mittagsgästen / DM: Es waren Ruffen dabei / Gure Antwort auf diese Hehe: Verhärkung des Verbrauchsgebots für die Arbeiterstimme!

Gestern mittag 12.30 Uhr rückte die Polizei mit nicht weniger als vier Großkampfwagen und einem sogenannten Zwitfcherkasten vor dem „Brindera“, Speierristorant des Volkswahl am Sternplatz, an. Mit dem Ruf: „Hände hoch!“ wurden die gerade zum Mittagstisch dort anwesenden zahlreichen Arbeiter gezwungen, das Essen stehen zu lassen und sofort mit „Hände hoch“ stehen zu bleiben, bis die politische Polizei mit der Durchsuchung und Verhaftung der beinahe 200 Besucher fertig war.

„Im Zusammenhang mit verschiedenen kriminellen und politischen Verkommenissen der letzten Zeit nahm die Polizei am heutigen Donnerstagmittag in den Räumen des Volkswahlrestaurants am Sternplatz eine Razzia vor. Die Polizeibeamten drangen überraschend mit der Aufforderung „Hände hoch!“ und vorgehaltenen Revolvern in das Lokal ein. Wenige in Zivil durchsuchten die Anwesenden auf Waffen. Circa dreißig Personen, deren Papiere nicht einwandfrei in Ordnung befanden wurden, sind im Kellerraum des Polizeipräsidiums geföhrt worden. Unter den Zwangsgewohlenen befinden sich auch einige Ruffen.“ (?)

Dies man diese Meldung und sieht sie im Zusammenhang mit der bürgerlichen und sozialdemokratischen Hehe gegen die Kommunistische Partei, so ist der Zweck allerdings unklar zu erkennen. „Ausländer, Fremde hndt sumest...“, so schrieb bereits Heinrich Heine vor 100 Jahren. Heute müssen es, gleich-

wiel, ob am Bösewplaz, gleichviel ob es das Nitentat bei Jüterbog ist, eben die Ruffen gewesen sein. Wie anders wollte man laßt die Verachtung zum Vorgehen gegen die Kommunistische Partei finden? Die Kommunistische Partei soll verboten werden. Offen wird das von diesen Zeitungen ausgesprochen.

Die Dresdner Nachrichten gehen noch weiter und verlangen die Todesstrafe gegen die Mitglieder der Kommunistischen Partei. So zeigt sich, jedem Arbeiter sichtbar, die Verhärkung des Polizeistates in Deutschland.

Stärkung der Kommunistischen Partei, der Führerin im Kampf gegen den faschistischen Kurs, das ist das Gebot der Stunde. Jeder Werktätige muß den Ernst der Stunde erkennen! Reicht euch ein in die Kommunistische Partei! Zeit die Arbeiterstimme, die einzige Tageszeitung, die rüchfichtiglos die Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten vertritt.

Einbruch im Landbau

Aus einer Schreibstube der kommunistischen Landtagsfraktion wurden durch einen Einbrecher, der die Verhältnisse vorher gründlich studiert zu haben scheint, in dem Moment 200 Mark geraubt, da sich die Fraktionssekretärin einmal entfernt hatte. Der Täter, der in Weichen verhaftet wurde, hatte die Steirn, sich auf der Polizei zu melden mit der Angabe, daß ihm ein größerer Betrag gestohlen worden sei. Zweifellos handelt es sich um ein faschistisches Element, das in seiner Tätigkeit nur geföhrt wurde.

Opfer der Arbeit

Bei Reparaturen an der Gaszuföhrlingsleitung vor einem Grundstück in der Johann-Georgen-Allee wurde am Donnerstag vormittag ein Gasföhrlingszähler von der Gaswache Große Plauenische Straße durch das Hart ausströmende Gas betäubt. Wiederbelebungsvoruche der Feuerwehr hatten nach 20 Minuten Erfolg. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus gebracht.

Kein Obfplüden tödlich verunglückt

Am Mittwoch nachmittag verunglückte in Reich ein älterer Mann beim Obfplüden dadurch, daß eine Spille der Feiler brach. Der Mann stürzte acht Meter tief ab. Die Verletzungen waren so schwer, daß der Geföhrtete auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstarb.

Kraftdrohne im Schaulenfer

Am Donnerstagmorgen kam auf der Schloßstraße eine Kraftdrohne auf dem nassen Asphalt ins Schleudern und fuhr über den Gehsteig hinweg in ein Schaufenster der Kleiderlage der Staatlichen Porzellanmanufaktur, Schaulenfer und Kolladen wurden zerschmettert.

Bei einer Probefahrt verunglückt

Am Donnerstag vormittag befand sich ein Kolonist aus Plauen i. V. mit einem Kraftwagen ohne Karosserie auf einer Probefahrt. Auf der Cunnersdorfer Straße im Städtel Colbich wurde er beim Ueberfahren einer Regenrinne von seinem Nachb auf die Straße geschleubert. Er zog sich einen Schädelbruch und andere schwere Verletzungen zu.

Von einem tollwütigen Hund gebissen. Von einem tollwütigen Hund wurde ein achtföhriges Kind in Wernersgrün im Bogtland gebissen. Es wurde zur Unterföhung der Staatlichen Komphanstalt in Dresden angeführt. Der Hund ist inzwischen erschossen worden.

Sturz vom Motorrad. Am Dienstag nachmittag stürzte auf der Kadzberger Landstraße, in der Nähe der Freidemühle, ein Motorradfahrer aus Dresden durch Ausweichen des Motors vom Sozius auf ein Motorrad. Er wurde mit erheblichen Kopfverletzungen und einer Gehirnerföhrtung ins Krankenhaus gebracht.

Befanntmachung

Geperret wird auf die Dauer der Streckenbahnarbeiten für den Reich und Röhrenverkehr: vom 14. August 1931 ab die Dornitzstraße zwischen Dornitz und Brünner Straße. Unbefugtes Kreuzen der geperreten Straßenstraße wird auf Grund von § 306 Ziff. 10 des Reichsstrafgesetzbuches mit Geldstrafe bis zu 150 RM oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Die Umleitung des Verkehrs ist kenntlich gemacht.

Folgen des Massenelends:

Einwohnerzahl Dresdens nimmt ab

Die immer härtere Verelendung der breiten Massen der Werktätigen zeigt ein Vorgang, der sich seit 1929, dem Einsetzen der jetzigen Krise, in den Großstädten nützlich. Seit diesem Zeitpunkt hat der Zustrom der Bevölkerung nach den Städten nachgelassen. Es ist eine dauernde Abwanderung zu verzeichnen. Auch wir haben bereits an Hand von Zahlen des Dresdner Statistischen Amtes den Wanderungsverlust der Stadt Dresden...

den gezeigt. Der Deutsche Städtetag stellt fest, daß die Städte über 50 000 Einwohner in Deutschland im letzten Jahre einen Verlust von rund 164 000 Köpfen zu verzeichnen hatten.

Für Dresden, das bis 1925 immer Wanderungsgewinn hatte, ist folgendes festzustellen. Im Jahre 1929 hatte Dresden durch Wegzug einen Verlust von 1466 Personen. Da der Geburtenüberschuß in diesem Jahre nur 7 Köpfe betrug, hatte Dresden 1929 einen Einwohnerverlust von 1479 Personen. Im Jahre 1930 hat sich dieser Prozeß noch verhärtet fortgesetzt. In den ersten 6 Monaten des Jahres 1931 betrug der Verlust 1800 Köpfe.

Sterbendes Volk!

Ein weiteres Zeichen der ungeheuren Not in den Massen der Werktätigen ist die Tatsache, daß in Dresden im ersten Halbjahr die Zahl der Todesfälle die der Geburten um 266 überlegen hat. Insgesamt beträgt damit der Verlust von Einwohnern schon in den ersten 6 Monaten des Jahres 1931 rund 2000 Personen.

Das ist der Segen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, zu deren Schutz die nationalsozialistische Front alles einlegt. Je eher dieses System verschwindet, desto besser für die Millionenmassen der Werktätigen. Deshalb hört die rote Klassenfront im Kampf gegen die bankrotte kapitalistische Gesellschaftsordnung! Tretet ein in die Kommunistische Partei! Zeit die Arbeiterstimme!

Küchle Dresden! Lindet. Die zur Zeit zur Erholung untergebrachten Dresdner Rinder treffen am 18. 8. 1931, 18.17 Uhr, aus Schellerbau, und am 18. 8. 1931, 19.05 Uhr, aus Obermiesenthal auf dem Dresdner Hauptbahnhof wieder ein.

Zur Gesichts-Bräunung

Abet auch zur Bräunung des ganzen Körpers bei Sonnenbädern verwenden von der reifenbräunenden und hellende Leber- und Galle-Extrakt unterföht durch Doktor-Stellvert Gind 20 Pf. Zu haben in allen Chemikalien-Verkaufsstellen.

Von der NSDAP zur KPD

aber dieses Thema sprechen: Herbert Hensel, ehemalg. Gau-Betriebszellenleiter der NSDAP Sachsen Johannes Knöchel, M. d. R., Leiter des Kampfbundes gegen den Faschismus, Bezirk Sachs.

Heute Freitag, 14. August, abends 8 Uhr, im

Gasthof Wölnitz u. Ballhaus Watzke

Erscheint in Massen! Unkostenbeitrag 10 und 20 Pf. KPD u. Kampfbund gegen Faschismus

So vernichten Ausbeuter eure Existenz!

Vor neuen Stillelegungen im SW

7 Prozent Dividende der Geschäftverfaktionäre gesichert

(Arbeiterkorrespondenz 1629)

Im Sachsenwerk wird gewaltig gepart — auf Kosten der Arbeiter und Angestellten. Die sozialen Einrichtungen für die Kinder werden abgebaut, das Gehalt an heißen Tagen nicht mehr bezahlt, der Preis für die Röhre soll heraufgejagt werden. Aber 5 Direktoren haben wir, und der größte unter ihnen, Herr Wittke, hat die Lösung aus: „Sachsen braucht Arbeit.“ Das hindert ihn nicht, die Abteilungen in Niederleibitz stillzulegen und die Erledigung der Aufträge nach Berlin zu verlegen. Die Aktionäre aber haben ihre 7 Prozent Dividende auf 30 Jahre gesichert und in der letzten Aufsichtsratsitzung dementsprechend beschlossen. Der reaktionäre Betriebsrat tut natürlich alles, damit der bisherige reaktionäre Kurs im Sachsenwerk auch in Zukunft fortgeführt wird.

Die Aufsichtsratsitzung der Firma hat getagt. 1.000.000 Reichsmark werden auf neue Rechnung vorgetragen und der 20-Millionen-Reisefonds wird nicht angetastet. Die Aktionäre bekommen ihre 7 Prozent Dividende. Was die Arbeiter betrifft, so ist durch Auflagen mit dem SW Berlin eine Abwanderung der Arbeit nach Berlin erfolgt. Die Hochspannung, Schalttafelbau und Generatorenbau werden aus Sachsen herausgenommen und diese Abteilungen werden stillgelegt, was heißt, die Erwerbslosigkeit wird für die Arbeiterbetriebe vergrößert. Generaldirektor Wittke jagt auf der Tagung in Chemnitz: „Sachsen braucht Arbeit“, und in der nächsten Woche ist die Arbeit aus Sachsen hinaus.

Wie die Nationalisierung aussieht, wissen am besten die Arbeiter und Arbeiterinnen. An den großen Pressen sind die Männer und die Strohe gewaschen worden und jetzt machen Frauen die monotonen Arbeiten. 4-5000 Flecht müssen die Frauen am Tage machen, wenn sie nur einigermassen auf ihren Lohn kommen wollen. In der Aufzucht sind jetzt Maschinen angekommen. Viele Arbeiter werden deshalb auf die Strohe geworfen und den Frauen die Affordhöhe um 60 Prozent gesenkt. Abbau der Belegschaft, Kürzung der Affordhöhe sind an der Tagesordnung auf der einen Seite — und auf der anderen Seite erhalten drei Witwen von Direktoren und Professorennen jährlich zusammen 18.000 Reichsmark Rente vom Werk.

Die Firma Sachsenwerk Kieritzsch hat bis jetzt einen Plan für Wohlstandsgeld für die Arbeiterfamilie beschlossen. Wie der Kollegen bekannt ist, bestand ein Kinderhort, in dem täglich 30 Kinder warenteilig beschäftigt wurden und nach Mittagessen erhalten. Ferner wurden bis jetzt schon 10.000 Reichsmark ausbezahlt, um kranke und erkrankungsbedürftige Kinder in Erholungsheim zu senden; außerdem wurde im Sommer an heißen Tagen Kaffee oder Tee unentgeltlich an die Kollegen verteilt.

Wer von der Arbeiterfamilie in diesem Jahr das Beste erwartete, der wird verärgert und enttäuscht sein. In diesem Frühjahr wurde der Kinderhort fast ganz abgebaut. Wo und wie die verbleibenden Kinder untergebracht werden, was geht das für Eltern an, wenn sie nur die Frauen ernähren sollen. Die monatliche Ausgabe von Kaffee und Tee ist gleichfalls abgebaut. Für dieses Jahr war nur die Hälfte eingeplant für die Versorgung von Kindern in Erholungsheim. Auf Anfrage des Betriebsrates erklärte die Firma, in der wirtschaftlich schlechten Lage müsse gepart werden und sie könne für diesen Zweck keine Mittel mehr zur Verfügung stellen. Wer von der Arbeiterfamilie etwas gehofft hatte, der branderliche Betriebsratvorsitzende Wasser hätte die Arbeiterfamilie mobilisiert, der ist es nicht gelungen. In einer einzigen Betriebsratsversammlung hat er die Arbeiterfamilie von dieser reaktionären Maßnahme der Firma unterrichtet. Hier ist es ganz deutlich, wie die Reagenzien im Verein mit den Reagenzien zusammen mit dem Generaldirektor und Oberbetriebsrat Wittke durch die und dünne gehen!

Es muss aber in Wirklichkeit gepart werden können, da es natürlich nicht hingehen wird. Wir verweisen auf die Kalkulation im Betrieb. Nach dem Geschäftsbuch wurde an Lohn für Kalkulation 28.000 Reichsmark eingeleitet. Aber in Wirklichkeit werden für diese Periode der Kalkulation 120.000 Reichsmark ausbezahlt. Wie und auf welche Art und Weise die Kalkulation erhöht, haben Tugende von Fäulen bewiesen. Diese Affordhöhen werden monatlich um 100-200 Prozent erhöht werden, damit der Arbeiter nur einigermassen auf seinen Lohn kommen kann. Wenn der Arbeiter nur einigermassen auf seinen Lohn kommen kann, dann ist er weiter gegenwärtig, doch 1100 Arbeiter und 625 Angestellte in Niederleibitz beschäftigt sind und ihre Leistungen sinken, weil sie nicht mehr arbeiten können. Die Arbeiter und Angestellten werden immer weniger, aber die Produktion wird immer mehr erhöht. Das Werk Niederleibitz leidet seit 5 Jahren mit steigender Intensität. Auf 200 Mann ein Direktor, hier ist der Weg gezeigt: Abbau der hohen Gehälter der Direktoren und Betriebsleiter, der Abteilungsleiter, der Spartenleiter, die auf weitere Kosten sparen wollen.

Aber es geht ja nicht um einzelne Spartenmaßnahmen. Die sozialen Einrichtungen für die Arbeiter und Angestellten werden im SW gegen alle Kräfte abgebaut, wie das Geschäftsbuch und unsere Rechenbücher zeigen. Die Röhre abzubauen, die Arbeit wird durch immer härtere Anstrengungen und Affordhöhen zu einer immer untragbareren Qual gemacht. Immer mehr Entlassungen erfolgen. Aber der branderliche Betriebsrat tut nichts. Die „Kollegen“ Wasser, Quantlich und Wagner auslassen von Klassenkampf wie die „Kisten“ SPD-Führer, denken aber nicht daran, den Kampf praktisch zu organisieren. Besser kommt sich behaupten „Nug“ vor. Er verhandelt ohne Wissen der Kollegen mit der Direktion und unterwirft sich damit in nichts von den beschäftigten SPD-Betriebsrat Leuber bei SW oder Würfel bei Kisten Reich. „Start“ sind diese Brandherde nur, wenn sie gegen die RGD gehen können. Dabei haben sie dann den Beifall der DNR-Banden und der Unternehmer.

Kollegen! Die RGD hat die RGD darauf hingewiesen, daß die Belegschaft im Sachsenwerk nur dann gegen die Unternehmerrückwärts kämpfen kann, wenn sie sich eine starke RGD-Führung im Betrieb schafft. Tretet ein in die RGD! Nehmt in

Jugendaktion der RGD bis 16. August

Jungarbeiter und Angestellte! Zeichnet euch ein in Listen der Revolutionären Jugend-Gewerkschaftsopposition! Hinein in die Kampffront gegen Hunger, Faschismus, für Arbeit, Brot und Freiheit!

geschlossener Front Stellung gegen die Angriffe der Direktion! Wählt aus euren Reihen die mutigsten Kollegen und Kolleginnen zu einem vorbereitenden Kampfausschuss, dessen Aufgabe es sein muß, jedem Lohnraub, jeder Affordhöhen, jedem Angriff auf die Arbeiter und Angestellten durch einen geschlossenen Gegenangriff der gesamten Belegschaft niederzukämpfen. Drückt die branderlichen Schwäger beiseite bei ihrem Versuch, den Kampf durch Nebenpartien zu erlösen. Es gibt nur einen Weg: Streit gegen alle Unternehmerrückwärts! Es gibt nur einen Drahtzieher des Streifs gegen die Ausbeuter: die RGD! Kollegen! Heraus aus der Passivität! Stärkt die RGD und marschieret fühn unter ihrem Banner zum Sieg über die kapitalistischen Katastrophensplitter und deren reformistische und branderliche Vekalen!

Der revolutionäre Wettbewerb zwischen RGD Sachsen-Niederrhein

Der Bezirk Sachsen hat sich zum Ziel gestellt, bis zum 31. Januar 1932 die Mitgliederzahl auf 50.000 zu steigern, in 150 Betrieben neue Betriebsgruppen zu schaffen, in 140 Orten neue Ortskomitees zu bilden, in 100 Betrieben vorbereitende Kampfausschüsse zu schaffen, in 100 Betrieben revolutionäre Vertrauensmännerkörper zu bilden, 20 Ortskomitees mit Jugendkommissionen — 20 Ortskomitees mit Frauenkommissionen und in 60 Betrieben Arbeiterinnen-Kommissionen zu schaffen. Weiter ist das Ziel: Schaffung von 100 neuen Erwerbslosengruppen, 100 Jugendgruppen, 80 Hausfrauengruppen und in 60 Orten Solidaritätsausschüsse zu bilden. Die Auflage der Erwerbslosenzeitung wird auf 40.000 gesteigert. Die Zahl der Verkaufszentren der RGD-Presse wird um 200 Prozent erhöht.

Welches Ziel stellt sich deine Betriebsgruppe?

Ein neues „Rezept“ für die Gemeindearbeiter:

„Spard jede Woche 2 bis 3 Mark!“

(Arbeiterkorrespondenz 1631)

Die Stadt Dresden wirft die Arbeiter gleich zu Hunderten heraus. Im Tiefbau sind jetzt 170 Arbeiter entlassen, bei der Straßenreinigung 120 Kollegen. Jetzt hat man ein neues „Rezept“ entworfen. Den Kollegen im Tiefbau wird empfohlen: „Spard jede Woche 2-3 Mark von dem Wochenlohn, damit ihr im Winter, wo sechs Wochen nicht gearbeitet wird, Geld habt.“ Denn die Tiefbauarbeiter erhalten keine Erwerbslosenunterstützung während dieser Zeit. Man sollen die Kollegen nach der alten Forderung der Schwarzmaier sich während der Arbeitslosigkeit selbst erhalten. So marschieret also die Stadt Dresden an der Spitze bei der Durchführung der Schwarzmaierforderung auf Forderung selbst der kümmerlichen Erwerbslosenunterstützung.

Berufungstaxen soll billig sein

Die Stadt Dresden hat 180 Straßenbahn-Eisbahnarbeiter am Montag entlassen mit dem Bemerkten: „Am Mittwoch können Sie die Arbeit wieder aufnehmen.“ Tatsächlich haben die Kollegen, die als Saisonarbeiter beschäftigt sind, nämlich ihre Papiere am Montag erhalten und am Mittwoch gingen sie wieder an. Diese Entlassungserfolge erfolgte wegen des Berufungstages am 11. August.

Durch Brüning-Schieck-Welsfront

12 Mark Lohnraub an den Gemeindearbeitern

RGD-Gemeindearbeiter Dresdens beschließen: Streit gegen jeden Pfennig Lohnraub!

(Arbeiterkorrespondenz 1630)

Am Dienstag dem 11. August fand eine von 300 Kollegen beschlossene Versammlung der revolutionären Gemeinde- und Berufsarbeiter im Regierheim statt. Die sich mit der Notverordnung und den neuen ungesetzlichen Angriffen gegen die Gemeindearbeiter beschäftigte. Die Kollegen antworteten nach eingehender Behandlung aller neuen Lohnraubmaßnahmen gegen die Gemeindearbeiter mit einstimmiger Zustimmung zu den revolutionären Kampfentschlüssen.

Die Entschließung gegen die ungesetzlichen neuen Anschläge lautet:

„Entschließung“

Die Notverordnung vom 5. Juni bringt für die Gemeinde- und Berufsarbeiter die Aufhebung des Tarifvertragsrechtes, außerdem einen Lohnabbau von mindestens 10 bis 12 Mark pro Woche und die Einführung der 10-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich.

Der Tarifvertrag für die Gemeinde- und Berufsarbeiter ist von Arbeitgeberverband kühner Gemeinden für den 30. September gekündigt worden zu dem Zweck der Durchführung der Notverordnung. Nach derselben sollen die Gemeindearbeiterlöhne

für die Handwerker auf 29,30 Mark, für die angelernten Arbeiter auf 24,50 Mark, für die ungelernten Arbeiter auf 21,15 Mark und für die Arbeiterinnen auf 16,00 Mark pro Woche herabgesetzt werden.

Die 10-Stunden-Woche kann nach der Notverordnung in den einzelnen Industrien eingeführt werden. Für die Gemeindebetriebe wird sie eingeführt.

Die Notverordnung vom 5. Juni bringt eine ungeheure Einschränkung der Regierarbeit, was gleichbedeutend ist mit der Entlassung hundert Gemeindearbeiter.

Die Bürokratie des Gesamtverbandes weiß ihren Mitgliedern nichts anderes vorzuschlagen, als „Preise“ beim RGD und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einzufordern. Darüber hinaus enthalten sie eine angebliche Hilfe gegen die RGD, hinter der sich nur ihre Schwäche und Notwendigkeit verbirgt. Das Programm der „nationalen Selbsthilfe“ wird von ihnen befürwortet und verteidigt, was gleichbedeutend ist mit einer ungeheuren weiteren Verschlechterung der Lage der Arbeiterfamilie.

Kollegen! Das Schicksal des „kleineren Hebel“ wird seit längerer Zeit von der reformistisch-christlichen Gewerkschaftsbürokratie angestrebt, insbesondere bei der Einführung der Bürgersteuer, beim letzten Lohnabbau, bei der Durchführung der erhöhten Erwerbslosenversicherungsbeiträge, bei der Beeinträchtigung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich und bei Einführung der Arbeitslosensteuer.

Diesem System des Ausweidens muß das System des Widerstandes und des Kampfes entgegenge-

setzt werden. Die Organisation und Führung des Kampfes kann deshalb nur durch die RGD übernommen und durchgeführt werden. Deshalb ist es, sofort in allen Betrieben in Belegschaftsversammlungen harte Kampfentschlüsse auf der breiten Einheitsfront zu wählen. Der Streit ist das einzige Mittel, mit dem die Arbeiterfamilie das bisherige System brechen und weitere Verschlechterungen verhindern kann!

Streit gegen jeden Pfennig Lohnraub!

Für die 10-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich!

Streit gegen die Entlassungen und neuen Belastungen durch Bürgersteuer, Kreissteuer usw!

Streit gegen Durchführung der Notverordnung auf Reichsarbeiterlöhne und Wegfall der Kinderzulage!

Die Mitgliederversammlung der RGD verpflichtet sich, die Gemeindearbeiterfamilie für diese Forderungen zu mobilisieren und der Frontfront des Gesamtverbandes und der Christen die einheitsliche Kampffront der gesamten Belegschaft entgegenzusetzen.

Die Reformisten hätten Karpai am 11. August auf dem Theaterplatz gestellt, wo er den SPD-Menschen zur Verteilung des Kapitalismus wie folgt abblieb:

„Wir, die wir angefaßt sind von hartem Heimatgefühl, wir, die wir heiß unter Land und Volk lieben, begrüßen mit unerschütterlicher Freude jenes Verfassungswerk vom 11. August 1931. Bessermundung und Qualität werden gesellen. Frei von Bitterkeit und ohne Hemmung können wir jetzt unsere Sorge und Liebe für Volk und Vaterland bekennen. Wir begrüßen in der Republik die moderne, zeitgemäße Staatsform.“

Freunde! Kameraden!

Der Verfassungstag ist für uns der Tag des Vaterlandes, wie uns der 1. Mai der Tag der arbeitenden Menschheit ist.“

Jeder Satz ist ein blutiger Hohn für die von Entlassung und Lohnraub bedrohten Kollegen. Aber die Staats-, Gemeindegewerkschaftler haben die Karpai und Co. schon durchschaut, sie marschieren mit der RGD und werden mitteilen, die einheitsliche Kampffront zu schließen gegen die als „nationale Selbsthilfe“ angepöbelten Unternehmerrückwärts und die reformistischen Spaltungsmöglichkeiten.

Zum roten Gewerkschaftstag der RGD am 23. August in Dresden

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sorgt für Massenvortrag der Plakette!

Sonntag, 16. August, alles heraus zur Sportplatzweihe in Zschachwitz

Gewerkschaftskollegen hört her!

„Kollektive Machtbildung der Arbeiterschaft“

Die vom Dr. Naphtali gefeierten „Erfolge“ des ADGB / Von Hamburg bis Frankfurt / Lehre für flaffenbewußte Kollegen: Mit der AFD argen Ausbeuter und Klassenbetrug

Eine der theoretischen Leistungen vom ADGB, der ehemalige Redakteur an der großkapitalistischen „Frankfurter Zeitung“, erzählte in seinem Referat auf dem ADGB-Kongress in Hamburg 1928 folgendes:

„Durch die Zusammenfassung der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften ist das freie Spiel der Kräfte am Arbeitsmarkt, das in Wirklichkeit auf ein einseitiges Diktat der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch den Unternehmer hinausläuft, eingeschränkt worden durch kollektive Nachbittung zugunsten der Arbeiter. Durch ihre Organisationen und durch ihre Kämpfe haben sich die Arbeiter das Mitwirkungsrecht bei der Regelung und Durchführung der Lohn- und Arbeitsbedingungen praktisch in wachsendem Umfange erkämpft, und dieses Mitbestimmungsrecht auf kollektiver Grundlage hat in der Folgezeit der Nachkriegszeit keine rechtliche Anerkennung gefunden. Die gewerkschaftliche Macht selbst hat der Unternehmenseinführung auf dem wichtigsten Gebiete der Bestimmung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Grenzen gezogen. Die wichtigste Schranke, die der Autokratie durch die kollektive Machtbildung der Arbeiterschaft unmittelbar entgegensteht, findet ihre Ergänzung durch die fortschreitende Durchsetzung von Forderungen der Arbeiterschaft im Staate, in der Gesetzgebung. Die Arbeitsgesetzgebung, zunächst auf Frauen und Kinder beschränkt, konnte ausgedehnt auf die Gesamtheit der Arbeiter, der Arbeiterschaft, der eine Einschränkung der Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter antreibt, und schließlich die soziale Versicherung, die der besonderen sozialen Erziehung des Arbeiters Rechnung trägt und ihm ein menschenwürdiges Dasein sichern soll, auch wenn er aus physischen oder wirtschaftlichen Gründen nicht in der Lage ist, zu arbeiten, stellen Stützen des Eingriffs in die Autokratie der Wirtschaftsführung in der Richtung einer Sicherung der Arbeiterschaft dar.“

Jeder denkende Arbeiter, der diese Sätze liest, wird fragen: Ist der Mensch so dumm oder warum wurden uns solche Wörter aufgetischt? Die Antwort ist sehr einfach. Die ADGB-Funktionen haben die Aufgabe, Illusionen in der Arbeiterklasse zu nähren, damit die Kapitalisten ungehindert ihren Lohn- und Gehaltseraub durchführen können.

Daraus werden die Arbeiter und Arbeiterinnen die Lehre ziehen, daß es nur möglich ist, unter Führung der AFD auf

dem Boden des revolutionären Klassenkampfes für die Forderungen der Arbeiter und Angestellten zu kämpfen.

Die Direktion ernannt Betriebsräte

In einer Betriebsversammlung im Elwert-Fabrik wurde der Kollektive Weichte einstimmig dazu bestimmt, jeden Monat eine Betriebsversammlung abzuhalten und das Werkpersonal in allen Fragen zu vertreten.

Während der Zeit bis zur nächsten Versammlung wurde hinter dem Rücken der Belegschaft von Einzelmitgliedern ein Beschluß bei der Direktion gemacht und erreicht, daß der Kollektive „Hohel“ mit den Rechten eines Betriebsratsmitglied ausgestellt wurde, dies wurde dem Oberwerkleiter amtlich mitgeteilt. Glaube ich, Kollegen, daß die Direktion einen Kollegen der Opposition mit den gleichen Rechten ausgestellt hätte? Hier habt ihr den besten Beweis. Man benennt einen Vertrauensmann von der Seite, die der Direktion angenehm ist und das ist Hohel in jeder Beziehung! Denn nach 8 Tagen wurde Hohel nach Toffemis versetzt und fiel wie schon mancher SPD-Betriebsrat die Treppe hinab!

Kein Müller, kein Kurpatz kümmert sich seit dieser Zeit um die Belegschaft in Fühlau. Die Einzelmitglieder hatten den roten Betriebsrat beilegt. Das war der Hauptzweck. Kollegen, geht diesen Schleimern die Kautschuk! Seht den geraden Weg und schließt euch der AFD an!

Aus der Betriebszeitung „Der rote Elmerker“.

Glabentransporte Württembergische Textilarbeiterinnen werden nach Sachsen verschickt

Unter Stuttgarter Brudergarten bringt folgende Württembergische Textilarbeiterinnen werden nach Sachsen verschickt. Wie uns bekannt wird, vermitteln die württembergischen Arbeitsämter jetzt eine größere Zahl von Textilarbeiterinnen nach Leipzig und anderen sächsischen Orten. Arbeitnehmern, die sich dagegen wehren, erdulden die Unterstützung dieser Textilarbeiterinnen, bleibt nur der Selbstschutz durch die Textilarbeiterinnen, die für ihre unglücklichen sächsischen Kollegen und Kolleginnen verhandeln werden.

Nach den ersten Meldungen werden den württembergischen Arbeiterinnen auch tatsächlich Hundelöhne ausbezahlt, die in der Textilarbeiterinnen, die für ihre unglücklichen sächsischen Kollegen und Kolleginnen verhandeln werden.

Textilarbeiterinnen! Arbeiter! Wehrt euch zusammen, der ganzen Arbeiterschaft gegen diese Verschickungen, die es dem Unternehmer ermöglichen sollen, den Lohnraub noch weiter zu treiben!

Die sächsischen Textilarbeiterinnen sind auf ihre eigenen großen Auseinandersetzungen mit den Textilarbeitern, die letzteren soll noch vor dem großen Streik so hart werden, die Textilarbeiterinnen genügend Streikbrecher finden. Das württembergischen Arbeitsämter nach Sachsen vermitteln, die am besten für das enge Zusammenarbeiten zwischen SPD-Textilarbeiterinnen und Ausbeutern. Deshalb ist auch die SPD-Fraktion und der „Textilarbeiter“ in dieser Angelegenheit sehr leim.

Trotz Terror und Verbot wuchtige Demonstration

(Arbeiterkorrespondenz 1619)

Zeithenrederei. Am 8. und 9. August fand im benachbarten Fühlau das Bezirksfest der ausgeschlossenen roten Sportler des 4. Bezirks, verbunden mit dem Kreisfesten und dem Arbeitertag der AFD im Saal. Die ideologisch-moralischen Behörden hatten dieses Treffen nur unter den strengsten Terrormaßnahmen erlaubt. Es durfte nicht gelungen und gelprochen werden, auch

waren keine politischen Forderungen auf Transporten erlaubt. Der Demonstrationstag durfte nur als Festung durchgehen. Ein richtiges Polizeiaufgebot war in dieser Hinsicht unumgänglich. Und trotz alledem waren Tausende gekommen, um in größtmöglicher Phalanx mit ihren roten Sportlerinnen die heutigen Jubiläum in der Waldau-Republik zu feiern. Der am Sonntagabend im Schützenhausaal stattgehabte Kommerz war von gutem revolutionärem Kampfgeist erfüllt. Die Ausführungen der roten Sportler waren als sprachlos bezeichnet. Saal und Galerie waren zum Begehen voll.

Trotz Terror durchgeführte wuchtige Demonstration am Sonntag hatte eine Beteiligung von 2500 Personen und wies viele wichtige Forderungen auf. Trotz Verbotes wurden revolutionäre Forderungen geäußert. Der ganze Verlauf war für die Arbeiter von Fühlau ein glänzender Beweis ihrer Stärke. Auch waren noch kommunikativen Führermeister in Oberhessing bei Fühlau und das Gemeindefest als Massenquartier zur Verfügung gestellt worden.

Viele rote Sportler und Arbeiter waren aus dem entlegenen Sachsen herbeigekommen, um dadurch ihre internationalistische Kameradschaft zu bekunden. Dieses Treffen zeigte, wie sehr die Arbeiter und Wille zum Kampf polibruigen können, auch wenn es unter den größten Schikanen der politischen Behörden durchgeführt werden soll. Der Wille der Arbeiter ist unerschütterlich, trotz alledem!

Eigentümer gesucht. Mitte Mai 1931 wurde ein Fahrrad erlangt, der in seinem Besitz ein Herrenrad nach dem besten Erwerb er unglückliche Angaben machte. Wahrscheinlich wurde das Fahrrad im Stadtbüro in Dresden gelassen. Eigentümer sollte nicht ermittelt werden. — Am 28. Mai 1931 verunglückte in der Nähe des Goldhofes zur Hammer eine Kadfahrerin. Sie hatte bei ihrer Fahrt ein Fahrrad, das dem Rad am Oberen Westlich in Wilschdorf geliehen worden war. Auch in diesem Fall ist die Geliehene nicht zu finden. Am 4. August wurde auf dem Stübelpfad von einem Kadfahrer ein Kadfahrer wegen einer Verkehrsvorfälle angehalten. Auf dem Weg nach der Woche Heil der Kadfahrer sein Fahrrad, Marke Siemens, im Stich und flüchtete. Der Kadfahrer ist ein anderer Kadfahrer dessen Fahrrad, Marke Edel & Kaufmann Nr. 139340, und fuhr damit davon. Der Kadfahrer ist 35-40 Jahre alt, 170-175 Zentimeter groß und schlank. Das zurückgelassene Fahrrad ist annehmbar gelassen. Der Eigentümer ist aber noch unbekannt.

Sturm über Gachsen!

Am Freitag, dem 7. August fand im Erdgericht Coply eine von der revolutionären Gewerkschaftsopposition einberufene öffentliche Versammlung der Fühlauer Arbeiter statt! Sturm über Gachsen! Warum roter Volksentscheid in Preußen! Dies war das Thema des Abends. Der Vorsitzende des Fühlauer Ortskomitees der Genossenschaft, Hansch zeigte in seinem Referat die Entwicklung der letzten Zeit, der Niedergang des kapitalistischen Wirtschaftssystems hat für das Proletariat Hunger — Ernährungslosigkeit — Elend und Not zur Folge. Die SPD, sowie die Gewerkschaftsbürokratie bekennen sich zu Steigbüchhalter der Bourgeoisie, sie sind der Art am Sterbepfad des Kapitalismus. Es gilt den Klassenkampf anzufangen, den die freien Gewerkschaften durch die Wirtschaftsdemokratie erreichen durch die Schaffung mächtiger, jährlicher Roboter der revolutionären Gewerkschaftsopposition neue Forderungen zu beschaffen. Die AFD ist die Kampforganisation des Proletariats die gemeinsam mit der SPD die Arbeiterschaft zum Siege führt.

In der Diskussion sprach der Landtagsabgeordnete Endermann, keine Ausführung zur Ergänzung des Referats fanden bürnlichen Teilfall der Beiratsung, oftmals von Kapitalisten unterbrochen zeigte unser Genosse die Rolle der Bourgeoisie und der einzelnen mit ihr gehenden Parteien auf. In der Beiratsung wurden sechs Forderungen für die AFD gemacht.

Gepädantgabe ohne Zahlung von Fahrtkosten. Die Aufgabe von Reisegeld auf Gepädantgaben ist nach neueren Bestimmungen der Eisenbahnverkehrsordnung nach einer Zahlung von Fahrtkosten zu den Sägen des Exprekularitäten zuzulassen. Diese Beförder-

ung ist besonders für das Gepäd solcher Reisenden geeignet, die mit anderen Verkehrsmitteln einen Teil ihrer Reise zurücklegen wollen, wie Wandrer, Kadfahrer (Kadler oder ionisches Gepäd), Autoritende, denen die Mitnahme von Gepäd undenkbar ist. Das Mindestgewicht für die Frachtabrechnung beträgt 10 Kilogramm. Bei Gepädlichkeiten im Gewicht von über 10 Kilogramm wird die Anzahl für 20 Kilogramm berechnet. Eine Beförderung in der Anzahl der Gepädstücke heißt nicht. Die Anfertigung einer Exprekularkarte ist nicht notwendig. Es genügt die Besetzung der Karte mit Name, Wohnort, Wohnung des Reisenden, Verjand- und Bestimmungsstation.

Bücherchau

Wie uns mitgeteilt wird, erscheint demnächst im Verlag von E. Heinrich in Dresden-N. eine Fundausgabe über das Vereins- und Verbandsrecht, herausgegeben von Albert Kottler, Oberverwaltungsreferent im Sächsischen Ministerium des Innern. Diese Ausgabe enthält alle Gesetze und Verordnungen des Reiches und Sachsens auf dem Gebiete des Vereins-, Verbands- und Aufzugs- (Haupt-)wesens, des öffentlichen und privaten Vereinswesens mit allgemeiner Einführungs- und Einzelanleitungen versehen, sowie ein ausführliches Sachregister. — Die Fundausgabe des Buches, das wohl eines der aktuellsten Gebiete des öffentlichen Lebens behandelt, dürfte einem wirklichen Bedürfnis entsprechen. Das Buch sollte im Umfange von etwa 300 Seiten gebettet 6,00 RM., gebunden 7,50 RM., Feilstellungen können schon jetzt durch alle Buchhandlungen oder direkt beim Verlag aufgegeben werden.

Briefbogen
Rechnungen
Mitteilungen
Briefumschläge
Geschäfts- und Besuchskarten
Familien-drucksachen

gebraut für von heute in Aufzug
Fordern Sie Angebote und
unter Beibehalten wird sein.
Sie als Kunden zu gewinnen

Neudrag
Druckerei-Pilale Dresden
Güterbahnhofstr.2

ANZEIGEN

naben von den
besten Erfolge in der
ARBEITERSTIMME

Trinkt Abbels Kur- und Kindermilch
Sanitätsbuttermilch, Kakao, trink, tobe Sahae
aller Art. E. verw. Abbel, Meißner,
Zschendorf, Fernsprecher Nummer 8000

KAUFHAUS SCHOCKEN		
ZIGARREN		
Unsere	Preisgruppe	Planung
bekannt	1 1 1	8
Marken	2 2 2	10
in gut	3 3 3	12
abgegeben	4 4 4	15
Qualitäten	5 5 5	20
Sorten		
und Größen		
wie bisher		

33 Inserentenform geschickt

Alles kauft im Kommissions-

Fabrik-Lager
Meißen, Neugasse 57 (neben Gummi-Meine)
Kleiderstoffe, Reste,
Trikotagen, Strickwar.

Alfred Klunfer
Holz- und Kohlenhandlung
Meißen, Spargasse 1

Werbt neue Abonnenten!

Wo ist die beste und gemutlichste Einkaufsstätte? Bei

Bernhard Hempel
Pirna, Schuhgasse

Gute Spielzeug und Bälle / Verkauf von
Rohleisch im Laden / Prima Wurst
Filiale in Dresden-Leuben, Palmstraße
und Nicolaier Markthalle.

Der Arbeiter-Gender

in der einzigen proletarischen
Zeitschrift, die die aus-
schließlichen Klassen-Druck-
betriebsmittel / Zeitschrift
monatlich 90 Pf
einmalig 2,00 Pf zu be-
halten bei jedem Bestellen
oder direkt beim Verlag

Arbeiter-Gender Berlin O 20 44, Hedemannstr. 62

Rundfunk

Sendungen am 15. August:

Berlin

19.30 Uhr: Rundfunkkonzert, 18.45 Uhr: Der Dichter
Johann Wolfgang von Goethe, 19.30 Uhr: Rundfunkkonzert

20. Von der Höhe zur Höhe, 22. Welter, 23. Welter, 24. Welter, 25. Welter, 26. Welter, 27. Welter, 28. Welter, 29. Welter, 30. Welter, 31. Welter, 32. Welter, 33. Welter, 34. Welter, 35. Welter, 36. Welter, 37. Welter, 38. Welter, 39. Welter, 40. Welter, 41. Welter, 42. Welter, 43. Welter, 44. Welter, 45. Welter, 46. Welter, 47. Welter, 48. Welter, 49. Welter, 50. Welter, 51. Welter, 52. Welter, 53. Welter, 54. Welter, 55. Welter, 56. Welter, 57. Welter, 58. Welter, 59. Welter, 60. Welter, 61. Welter, 62. Welter, 63. Welter, 64. Welter, 65. Welter, 66. Welter, 67. Welter, 68. Welter, 69. Welter, 70. Welter, 71. Welter, 72. Welter, 73. Welter, 74. Welter, 75. Welter, 76. Welter, 77. Welter, 78. Welter, 79. Welter, 80. Welter, 81. Welter, 82. Welter, 83. Welter, 84. Welter, 85. Welter, 86. Welter, 87. Welter, 88. Welter, 89. Welter, 90. Welter, 91. Welter, 92. Welter, 93. Welter, 94. Welter, 95. Welter, 96. Welter, 97. Welter, 98. Welter, 99. Welter, 100. Welter.

Dresden-A.

Esst immer Schlüter Vollkorn-Brot besonders nahrhaft, billig u. bekömmlich!

In jedes Haus - Schokoladen von Clauß

Verkaufsstellen in allen Stadtteilen Dresdens sowie Chemnitz, Freiberg, Meißen, Dippoldiswalde und Oederan

OFFENBACHER LEDERWAREN Vertriebs-Gesellschaft m. b. H. Größtes Spezial-Geschäft Dresdens! Amalienstr. 24 / Alaunstr. 13 / Kesselsdorfer Str. 20

TUCHHAUS PÖRSCHEL DRESDEN-ALTSTADT, Scheffelstr. 21 - Ruf 18725

Herren-Damen-Putter-Stoffe Billardtuche, Schreibtischtüche, Pflanztüche, Uniformtüche, Wollfriese

Gute Maßschneider werden nachgewiesen

Es geht um Ihre Gesundheit! Darum kaufen Sie Leinwand, Bruchbinden, Kniebandagen, Kniegummis, Plattfußbinden, Gummistiefel jeder Art nur im Fachgeschäft für Orthopädie und Bandagen. Dresdner Orthopädie-Werkstätten, GmbH nur Ferdinandspl. 1

Manufaktur- und Modewaren Gebh. Kohl & Co. Freiburger Platz 20/24 Spezialabteilung: Damenhüte

Berufskleidung aller Art A. Alfus Große Brüdergasse 43, II

Trinkt Drema-Milch



KRENTER SIOUX-INDIANER 15 Zigarre-Auserwählte Übersee-Tabake

Kohlen, Briquets, Holz / Emil Laudner

Seidenstoffe, Bänder Krawatten, Tücher Seidenhaus Carl Schneider, Altmarkt 8

Raucht Basma-Krone die Zigarette des Arbeiters

Qualität gegen leichteste Raten Nähmaschinen Fahrräder Motorräder Radio-Oerthe Winkler-Läden

RADIO-Spezialhaus GROHMANN DRESDEN Reitbahnstr. 3

Seifers Gaststätte, Rosenstr. 22

Hotel Annenhof Annenstraße 23-25

Richard Nowak Könnertstr. 15 / Nähe des Volkshauses

Stad Meerae Gießbächen 4, direkt an d. Carolabede

W. Eiseemann Poppitz 26 Lebensmittelgeschäft

Hanomag Generalvertretung L. Kress, Grunauer Str. 31

Farbenhaus Zum bunten Stern Am See 37 Telefon 17357

Spalteholz & Bleu Dillinger Straße 20

„Unser Friseur“ Willy Stühr, Rosenstr. 53

Brüder-Propaganda Gr. Brüdergasse 18

Moderne Bliederei Verkauf aller Art von Pflanzen

Deutsch-Spanische Wein-Import-Gesellschaft

Hauschlächterei (niedrigste Preise) A. TAUCHNITZ

Konfektion - Fliegeleimann Kesselsdorfer Str. 12

Farben, Lacke, Pinsel billig u. gut bei FARBEN-SCHWERTNER

Autogaragen - Tankstelle Pöppelstraße 16 / Alfred Haager

Photo-Werkstätte FERRO Ringstraße 14 / Amalienstr. 15

Lebensmittel, Obst u. Grünwaren bei Heinrich Knuth

Drögen-Spezialhaus, Kräutergetriebe

Zum Sonntag, zum Wochenend, zu jeder Zeit nur Krahmekuchen, -Brote u. -Semmeln immer frisch und billig

Table with multiple columns listing various businesses in Dresden-Cotta and Dresden-Friedrichstadt, including bakeries, restaurants, and shops.